

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernreihe oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Kreisläufe 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Kreisläufe das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erklingt täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Juni 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Teuerung, Krise und Steueransplünderung!

Teuerung und Krise sind da, die Ausplünderung des Volkes durch neue Steuern soll hinzukommen. 400 Millionen neuer Steuern sollen dem Proletariat und den kleinen Leuten auferlegt werden — in diesem einen Punkte sind die bürgerlichen Parteien aller Farben einig, so heftige Kämpfe sie auch sonst unter sich ausfechten mögen um die Entscheidung, welcher Teil der Besitzenden den schädlichen Rest, das letzte Günstel der neuen Steuerlast tragen soll.

In solcher schweren Zeit begehrt ein jeder, der nicht zu den Besitzenden gehört, ein Verbrechnen an sich selbst, an seiner Familie und seinen Klassengenossen, der nicht Partei ergreift!

Eine Stärkung seiner Gegner, eine Förderung der Steueransplünderung aber ist es, wenn der Arbeiter und kleine Mann ein Blatt liest, das unmittelbar oder mittelbar den Interessen der Gegner dient, wenn er ein Blatt der bürgerlichen Parteien oder ein sogenanntes „unparteiisches“ Blatt liest!

In die Hand des Proletariats und kleinen Mannes gehört das Organ der Sozialdemokratie,

der „Vorwärts“.

Rur das Blatt der Partei, die im Kampfe um die neuen Steuern allein gegen jede neue Belastung der breiten Volksmassen durch neue Verbrauchssteuern steht, nur

der „Vorwärts“

zeigt die beiden Gruppen der Besitzenden, die jetzt um das letzte Günstel raufen, als gleichwertig, als in gleichem Maße bestrebt, die Volksmassen mit 400 Millionen neuer Steuern zu belasten, nur

der „Vorwärts“

gibt die ungeschminkte Darstellung der Steuerkämpfe, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt, und nur

der „Vorwärts“

kann Junker, Liberale und Zentrum gleichermaßen dem Volke nach zeigen!

Reichstagsauflösung

ist in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Im Wahlkampf braucht jeder proletarische Wähler Berlins das Blatt der Sozialdemokratie,

den „Vorwärts“!

Er bietet neben schneller und ausgiebiger Orientierung im Tageskampf vielseitige politische Belehrung; eingehend wird die Sozialpolitik behandelt, der ausgedehnte Gerichtsteil berücksichtigt besonders die Arbeiterinteressen; die lokalen Interessen Berlins und seiner Vororte werden im reichhaltigen lokalen Teil behandelt. Dem gewerkschaftlichen Kampfe und dem Wirtschaftsleben sind sorgfältig bearbeitete Ausgaben gewidmet.

Für Unterhaltung, Belehrung und Erheiterung sorgt ein treffliches Feuilleton und eine Unterhaltungsbeilage, die passende Romane künstlerischen Werts bringt. Alle Sonntage wird das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ gratis beigegeben.

Der „Vorwärts“

kostet monatlich 1,10 Mark.

Jeder Proletarier Berlins arbeitet für seine Sache, wenn er zum bevorstehenden Quartalswechsel neue Abonnenten wirbt für

den „Vorwärts“.

Des Volkes Not.

Die am Brotwucher interessierten Exporteure und Großgrundbesitzer versuchen allerhand außerhalb der wirklichen Ursachen liegende Ursachen für die herrschende Teuerung verantwortlich zu machen. Das geschieht, um Maßnahmen zu verhindern, die der Preissteigerung entgegenwirken können. Daher war es nur zu erklärlich, daß die Brotwucherherrschaften vom konservativ-merkantilen Kartell krampfhaft Anstrengungen — vor und hinter den Kulissen — machten, um eine Verpöschung der sozialdemokratischen Interpellation über die Hungerbrotpreise zu verhindern, den Minister zu veranlassen, die Erklärung betreffend die Verantwortung weit hinauszuschieben. Die Verhältnisse hatten nachgerade aber so sehr zum öffentlichen Standal sich ausgewachsen, haben so gefährdenden Charakter angenommen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg es für angezeigt hielt, selbst auf die Aussicht hin, der Junkertyppe Unzufriedenheit zu erregen, die Verantwortung der von unserer Fraktion eingebrachten Interpellation für den 30. Juni anständig zu lassen.

Zu den Behauptungen, mit denen man das indirekte Ausführprämienystem zu retten sucht, gehört auch die, die Teuerung sei eine zwingende Folge schlechter Ernten in den letzten Jahren. Das ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Zwar brachten die beiden letzten Jahre eine Belternte, die unter dem Durchschnitt blieb. Dafür waren die Getreideerträge in Deutschland gut, teilweise sogar sehr ergiebig. Nur 1907 hat eine unbefriedigende Weizenernte erbracht. Aber das kann die Hungerpreise im Jahre 1909 nicht rechtfertigen. Es müssen daher andere Faktoren die Getreidenot in Deutschland herbeigeführt haben, um so mehr, als das Jahr 1908 eine Roggenreformerte erzielen ließ. Die angebliden minimalen Ernten, womit für das laufende Jahr zu rechnen sein soll, begründen die heutigen Notordpreise ebenfalls nicht; deren Ursache liegt in den mit unseren neuen Handelsverträgen wirksam gewordenen höheren Zöllen und der indirekten Getreideausfuhrprämie durch das System der Einfuhrschneine. Wir haben schon nachgewiesen — Nr. 126 des „Vorwärts“ —, daß seit Inkrafttreten der neuen Zölle das Verhältnis zwischen Inlands- und Preis sich zuungunsten der Konsumenten verschoben hat. Die eingetretene Preissteigerung konnten die Verkäufer erzwingen, weil die höheren Zölle an und für sich für das Inland preissteigernd wirken und die hochtreibende Tendenz der Zölle kräftig unterstützt wird durch die Möglichkeit, mittels der indirekten Ausfuhrprämie und der niedrigen Exporttarife bei der Getreideausfuhr ein gutes Geschäft zu machen. Die Inlandsversorgung in Brotgetreide hat unter gesteigerter Ausfuhr so gelitten, daß verschiedentlich in Deutschland sogar direkter Mangel an greifbarer Ware vorhanden war, und für diese im freien Handel Preise bezahlt werden mußten, die noch um 10 und mehr Mark über die Börsennotierungen hinausgingen.

Welche Verschreibungen infolge der erwähnten Umstände in der inländischen Getreideversorgung eingetreten sind, veranschaulicht die nachfolgende Tabelle. Aus dieser sind ersichtlich: die absoluten Bismen der Ernten in Deutschland, ferner die aus dieser pro Kopf der Bevölkerung sich ergebenden Erntemengen, sodann die für den Inlandsverbrauch resultierenden Kopfquoten, die das Resultat von Ernte plus Einfuhr minus Ausfuhr darstellen. Es ergeben sich diese Zahlen:

	Weizen		Inlandsversorgung pro Kopf der Bevölkerung
	überhaupt	pro Kopf der Bevölkerung	
	Tonnen	kg	kg
1904	3805	64	95,2
1905	3700	61	96,5
1906	3940	64	93,9
1907	3479	56	94,0
1908	3768	59	90,2
		Roggen	
	kg	kg	kg
1904	10 061	169	171,1
1905	9 607	159	168,4
1906	9 628	157	163,9
1907	9 758	157	163,2
1908	10 787	173	166,4

Obwohl unsere Roggenernte im letzten Jahre 1907 um 16 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gestiegen war, wuchs die Inlandsversorgung um nur 3,2 Kilogramm; gleichzeitig sank die Versorgung in Weizen um 3,8 Kilogramm, so daß sich trotz erhöhter Gesamternte eine Minderversorgung ergibt.

Im Jahre 1906 hatten wir auch eine glänzende Welt-ernte in Weizen, der deutsche Getreidebau lieferte damals eine Reformmenge; das nächste Jahr war etwas ungünstiger, dafür brachte das Jahr 1908 wieder einen größeren Erntertrag. Noch günstiger gestaltete sich für Deutschland die Roggenernte. Diese war im Jahre 1908 so ergiebig, daß sie weitaus an erster Stelle steht. Unsere Roggen- und Weizenernte zusammen ergibt ein Quantum pro Kopf, wie es in keinem der vorausgegangenen drei Jahre erreicht worden ist. Stellt man die Erntemengen und die Inlandsversorgung für beide Getreidearten zusammen und dazu die Preise nach Berliner Notierungen, so gewinnt man folgendes Bild. Es betrug pro Kopf der Bevölkerung:

	Inlands- und Inlands-versorgung		Preis pro Tonne in Mark	
	an Brotgetreide kg	pro Kopf der Bevölkerung kg	Weizen	Roggen
1904	233	266,8	174,4	135,1
1905	220	259,9	174,8	151,9
1906	221	257,8	179,6	160,6
1907	213	257,2	206,8	198,2
1908	232	256,6	211,2	188,5
23. Juni 1909	—	—	237,75	198,0

Die Inlandsversorgung ist ständig zurückgegangen, erreichte ihren tiefsten Stand im Jahre 1908, wo sie um rund 10 Kilogramm hinter der Kopfmenge des Jahres 1904 zurückgeblieben ist. Dieser Rückgang ist eingetreten, obwohl die Ernte im Jahre 1908 die gleiche Menge pro Kopf erbracht hat wie im Jahre 1904.

Und im laufenden Jahre hat die Entblößung Deutschlands von Getreide noch weitere Fortschritte gemacht. In der Zeit von Januar bis April 1909 wurden 104 284 Tonnen Roggen und 605 818 Tonnen Weizen eingeführt; für die gleiche Zeit 1909 betrug die Einfuhr an Roggen nur 42 626 Tonnen und der Import an Weizen war auf 503 603 Tonnen zurückgegangen. Diesem Rückgang der Einfuhr steht eine Steigerung

der Ausfuhr gegenüber. Während 1908 nur 65 519 Tonnen Roggen und 39 034 Tonnen Weizen zur Ausfuhr gelangten, stellt sich die Exportmenge für 1909 auf 270 168 Tonnen Roggen und 69 659 Tonnen Weizen. Der Einfuhrüberschuß in Weizen, der im Vorjahre 566 784 Tonnen betrug, ist für die ersten vier Monate dieses Jahres auf 433 944 Tonnen gesunken, und an die Stelle des bei Roggen 38 765 Tonnen betragenden Einfuhrüberschusses ist für dieses Jahr ein Ausfuhrüberschuß von 227 542 Tonnen getreten. Wäthin hat sich unsere Inlandsversorgung gegen das Vorjahr weiter um 399 147 Tonnen verschlechtert!

In der Zeit vom 1. August bis 31. Mai dieses Jahres hat sich Deutschlands Versorgung an Brotgetreide — durch den Außenhandel — gegenüber der gleichen Zeit 1907/08 um rund 14 Millionen Doppelzentner verschlechtert!

Kein Wunder ist es daher, daß die Preise rapid in die Höhe schnellen. Da unsere Großgrundbesitzer nicht zu ihrem Vergnügen Deutschland von Getreide entblößen, müssen Faktoren wirksam geworden sein, die die Ausfuhr zu einem lukrativen Geschäft machen. Und diese Faktoren sind die höheren Zölle in Verbindung mit dem Einfuhrschnein-Umwesen. Mit Konstatierung dieser Tatsache ist der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaft das als ihre Pflicht umschrieben, was des Volkes Wohl von ihnen als gebieterisches Muß fordert.

Verwirrung.

Die konservativ-merkantile Koalition hat gestern ihre Arbeit fortgesetzt und die Reichs- und Vermögenssteuer angenommen. Heute soll es sich entscheiden, ob ihr Siegeszug zum Halten gebracht wird. Doch bräute selbst die Annahme der Erbschaftsteuer keine Entscheidung, da es sich zunächst um die Beschlußfassung die zweiter Lesung handelt, die der Abstimmung der dritten nicht endgültig präjudiziert. Würde dagegen die Vorlage keine Majorität finden, so wäre die Regierung genötigt, klare Stellung zu nehmen und sich zu entscheiden, ob sie den Kampf mit der reaktionären Koalition wagen will. Der Ausgang hängt nur von wenigen Stimmen ab und liegt daher ganz im Ungeheissen.

Wie unangenehm die Auflösung des Reichstages den Konservativen und dem Zentrum wäre, erkennt man aus den unausgesetzten Bemühungen ihrer Presse, die Auflösung, den logischen Ausweg aus der verborrenen Situation als etwas völlig Unmögliches darzustellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt fort, der Regierung zuzureden, ihren Widerstand gegen die merkantil-konservativen Steuerungeheuerlichkeiten aufzugeben und endlich auf die Erbschaftsteuer zu verzichten. Rochmals wiederholt sie ihre Drohung, daß eine Durchsetzung der Erbschaftsteuer, namentlich wenn die sozialdemokratischen Stimmen dazu nötig sind, nach ihrer Heberzeugung die ganze Reichsfinanzreform zum Scheitern bringen würde. Die Durchsetzung dieser Steuer wäre eine völlige Verleumdung der Tatsache, daß die Schwierigkeiten von neuem anheben, wenn der Kern der aus Konservativen, Reichspartei, Wirtschaftlicher Vereinigung, Reformpartei und Zentrum bestehenden Mehrheit in der Frage der Erbschaftsteuer etwa an die Wand gedrückt werden sollte. Denn dann ist — darüber besteht doch wohl kein Zweifel — auch diese Mehrheit geistregt, und da Konservative und Liberale auf ein neues Programm im Handumdrehen nicht zu einigen sind, gibt es dann überhaupt keine Mehrheit mehr für die Reichsfinanzreform!

Aber diese Drohung an die Regierung, von der es doch noch nicht sicher ist, ob die Wähler sie verwirklichen würden, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß die stolzen Worte nur die Furcht verbergen sollen, die ihnen die Möglichkeit der Reichstagsauflösung einflößt. Mit noch größerem Eifer fast als gegen die Erbschaftsteuer wendet sich daher das Dertelblatt gegen Neuwahlen. Es malt das rote Gespenst an die Wand und meint:

„Wir möchten freilich auch diesen Ausgang für ausgeschlossen halten. Denn da ein solcher Schritt wie Sprengpulver auf die bürgerlichen Parteien wirken müßte, hieße das Parlament sich auflösen nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Und welche „Förderung“ das für die Reichsfinanzreform bedeuten würde, brauchen wir auch kaum auszumalen!“

Run als Sprengpulver hat ja die Tatil der Agrarier bisher so ausgezeichnet gewirkt, daß die Regierung diese Wirkung nur vermehren kann, wenn sie sich der merkantil-reaktionären Diktatur fügt. Wir Sozialdemokraten haben auch bei einer Verschärfung der Wahlen nichts zu verlieren. Das haben auch die Liberalen deutlich erkannt, die einsehen, daß für sie eine Auflösung jetzt die günstigste Lösung wäre. So schreibt die „Köln. Ztg.“ halb regierungsfremd und halb parteioffiziös:

„Bei der konservativ-ultramontanen Taktik spielt Fürst Bälou eine episodische Rolle und man rechnet damit, daß er zur großen Freude des Zentrums zurücktreten und einem neuen Mann Platz machen werde, der ebenso wie der müde gemachte Bundesrat sich dem neuen Mod in die Knie werfen müßte. Unter dieser vom Zentrum mit großer Geschäftlichkeit hervorgerufenen Hypnose stehen heute die Konservativen, deren Haltung völlig unüberwindlich wäre, wenn sie nicht glaubten, auf diesem Wege schließlich durchdringen und ihre Besteuerungspläne verwirklichen zu können. Diese Rechnung würde ohne den Wirt gemacht sein. Wenn der Bundesrat auf diesen Plan eingehen wollte, er könnte es nicht, denn wie würde sich praktisch die Lage gestalten, wenn heute Bälou durch den neuen Mod gestürzt würde. Der Bundesrat wäre nach wie vor auf seine bisherige Stellungnahme festgelegt. Vor allem aber sei es die preussische Regierung, die nicht nur durch den Reich-

Ein Sprung ins Dunkle.

Aus dem Reichstag, den 23. Juni. Das zweite Produkt agrarischer Gesetzgebung, mit dem der Reichstag sich heute zu befassen hatte, war die Wertzuwachssteuer.

Wie wenig die agrarischen Gruppen Wert darauf legten, das die Sache gründlich erörtert wurde, zeigte sich darin, daß sie den Ausführungen ihres offiziellen Vertreters, des Grafen Westarp, auch nicht die geringste Beachtung schenkten.

Die Nationalliberalen und Freisinnigen gaben gleichfalls kurze ablehnende Erklärungen ab. Herr Jäger vom Zentrum murmelte eine unverständliche Rede, aus der nur so viel zu entnehmen war, daß seine Partei dem Antrage zu stimmen werde.

Das hinderte natürlich die Parteien der Rechten und des Zentrums nicht, in geschlossenen Reihen für sämtliche Paragraphen des Kommissionsentwurfs mit dem aufgesetzten Westarp'schen Riestern zu stimmen.

Morgen kommt die Erbschaftsteuer zur Verhandlung.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat am Mittwoch wieder einmal versucht, die Regierung seinen Willen aufzuzwingen. In dem Gesetzentwurf betreffend die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung des öffentlichen Gewalt hat das Haus entsprechend dem Antrage der Justizkommission eine Änderung dahin getroffen, daß auch für die Lehrer und Lehrerinnen der Staat haften solle und nicht, wie das Abgeordnetenhaus in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage beschlossen hatte, der Schulverband.

Bei Beratung der Sekundärbahnvorlage wurden von mehreren Rednern die berühmten lokalen Schmerzen heruntergejamert. Graf Mirbach nur hatte einen anderen Text auf der Walze: Er nahm sich der eisenbahnfahrenden Räuber an und schimpfte über den Unverstand, die 4. Wagenklasse von der Besteuerung freizulassen! Da er gerade so häßlich im Auge war, leierte er noch schnell das alte Lied von der übertriebenen Sozialpolitik im Breußenlande herunter, und endlich machte er gar einen Hupser in die Reichspolitik hinein, wobei es ihm vor allem darauf ankam, dem deutschen Juristentum das Odium der Virtuosität im Steuerhinterziehen vom Hals zu debattieren.

Die Stempelsteuern in der Finanzkommission.

Die Beratung der neuen oder erweiterten Stempelabgaben beginnt bei dem Stempel auf Grundstücksübertragungen. Bei der Beurkundung der Uebertragung des im Inland belagerten Eigentums an Grundstücken, ebenso bei Kauf- und Leihverträgen ist ein Drittel v. H. als Stempelgebühr für das Reich zu entrichten.

Schatzsekretär Sydow erkannte an, daß von dieser Belastung die Städte mehr belastet werden als wie das flache Land. Das lasse sich aber nicht vermeiden.

Abg. Dr. Bismarck (fr.) erblickt in dieser Steuer keine Beschönigung, sondern eine Verkehrssteuer, die seine Partei ablehnt. — Das Zentrum stimmt der Vorlage zu.

Abg. Singer findet eine Wertzuwachssteuer besser, wenn sie vernünftig gestaltet ist. Den Gemeinden könnten Zuschläge gestattet werden. Diese Umsatzsteuer ist keine Verbrauchssteuer. Sie ist eine Steuer auf den Abschluß von Geschäften, denn sie muß

zuschuß erhöht worden sei! Als ob das mit der prinzipiellen, der volkshygienischen Frage einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse irgend etwas zu tun hätte.

Zum Schluß kam es noch zu einer Debatte, die haar-scharf zeigt, was für ein Wind im Dreiklassenhause weht. Es lag eine Petition eines oberschlesischen Zentrums-Wahlkomitees vor: im Landkreis Ratibor bei öffentlichen Versammlungen den Gebrauch der polnischen Sprache zu gestatten. Die Kommission beantragte hierzu: Uebergang zur Tagesordnung! Obwohl der Zentrumsabgeordnete Stanke, der Vertreter von Ratibor, darlegte, daß es ihm unmöglich war, in öffentlichen Versammlungen von seinen Wählern Wünsche entgegenzunehmen, eben weil die polnische Sprache nicht zugelassen wurde, und obwohl unser Genosse Leinert zeigte, daß entgegen den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes die polnische Bevölkerung einfach vergewaltigt werde, trampelte die Mehrheit das klare Recht zu Boden und warf die Petition — die übrigens vom Reichstag an die deutsche Regierung zur Berücksichtigung überwiesen ist — in die Versenkung.

Am Donnerstag wird das Musterparlament neben Petitionen und Initiativanträgen die Stempelsteuervorlage und das Berggesetz beraten.

Die Armenierverfolgungen in Rußland.

Man schreibt uns aus Tiflis: Der andauernde Ausnahmezustand bedeutet eine Verletzung des allgemeinen russischen Verwaltungssystems. Die Macht, die in die Hand einzelner Beamter und Behörden gelegt ist, wird von diesen als Dedimantel selbstfüchtiger Interessen benutzt.

Als ein neues Beispiel dieser Politik sind die Verfolgungen zu betrachten, von denen in letzter Zeit die Armenier betroffen worden sind. Es ist bekannt, daß dies Volk seit dem Jahre 1882 periodischen Verfolgungen unterworfen ist, Verfolgungen, deren Intensität völlig von der Persönlichkeit des Gewalthabers im Kaukasus abhing.

Die Gendarmerie und die „Džirana“ sind im Kaukasus autonom und „arbeiten“ vollkommen selbständig; sie sind den höheren lokalen Gewalten nicht untergeordnet. So sind die Armenier völlig der Willkür der Gendarmerie preisgegeben, die sich um die Gesehe nicht kümmert.

Um sich ein Bild machen zu können von dem Vorgehen der politischen Polizei, in deren Händen das Schicksal der Intelligenz eines ganzen Volkes ruht, mögen einige Beispiele die Physiognomie dieser „Hüter der Ordnung und Ruhe“ drastisch zeichnen.

Vor kurzem wurde in Baku festgestellt, daß ein Polizeioffizier etwa ein Duzend Schutzleute für seine eigenen Zwecke benutzte. Die Haupttätigkeit dieser Gesellschaft bestand darin, daß sie den Einwohnern auf den Straßen ihre Waffen abnahm. Diese Waffen wurden nicht etwa abgeliefert, sondern — an andere Einwohner verkauft. Ja, es kam vor, daß dieselben Waffen von demselben „Offizier“ mehrmals konfisziert und dann wieder verkauft wurden.

Vor einigen Monaten wurde die Tifliser Detektivpolizei fast gänzlich aufgelöst. Man konnte diesen Schritt nicht mehr vermeiden, da das Verhalten dieser Polizei in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Entrüstung hervorgerufen hatte und sonst ein ungeheurer Skandal drohte.

Es ist klar, daß diese Tätigkeit der „Hüter und Beschützer der Ruhe und öffentlichen Sicherheit“ nicht zur Wiederkehr ruhiger und friedlicher Verhältnisse beiträgt, sondern daß das Gegenteil hiervon erreicht wird. Die russische Willkürherrschaft muß über kurz oder lang die Armenier zur Verzweiflung treiben. Denn wer Wind säet, muß Sturm ernten.

Yangler, sondern auch durch alle anderen Regierungsvertreter die wichtigsten Punkte im Finanzprogramm des schwarzen Bodes auf das entscheidendste bekämpft hat. Wenn die Konservativen in der zweiten und dritten Lesung sich nicht noch eines anderen Bestimmen, so wird sich für die Regierung folgende Lage ergeben: Unter keinen Umständen kann sie die Befestigung des neuen Bodes annehmen, und sie wird dann vor die Wahl gestellt sein, ob sie den Reichstag bis zum Herbst vertagen und dann den ganzen Tanz von neuem aufnehmen will, oder ob sie trotz aller bisher geltend gemachten Bedenken zur Auflösung des Reichstages schreitet.

Das sind Ausführungen, die einer ziemlich richtigen Beurteilung der Situation entspringen. Und so mag denn die Entscheidung fallen, wie sie will, die Sozialdemokratie kann dabei nur gewinnen.

Staatsbürgerliche Rechte und Junkerparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus, das am Mittwoch wieder zusammentrat, hatte sich u. a. mit zwei wichtigen Rechts- und Verfassungsfragen zu beschäftigen. Die erste Frage betraf die Wahrung des Petitionsrechts der Beamten durch die „Volksvertretung“. Ein Polizeisekretär aus Breslau, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebte, hatte sich im Oktober vorigen Jahres an das Abgeordnetenhaus gewandt; der Untersuchungskommissar bei der Regierung in Breslau kam plötzlich auf den Einfall, das Abgeordnetenhaus um Ueberlegung der Petition zu ersuchen, und die Geschäftsordnungscommission beantragte, diesem Ersuchen Folge zu leisten!

Der nächste Punkt der Tagesordnung gab unserem Genossen Liebknecht Gelegenheit, das Junkerparlament in seiner ganzen Schädlichkeit zu kennzeichnen und einen neuen Beweis dafür zu erbringen, daß die Mehrheit sich überhaupt nicht als Volksvertretung fühlt, daß sie kein Interesse an der Erweiterung der Rechte des Parlaments hat, sondern ihr einfaches nacktes Klasseninteresse verfolgt.

Mit gutem Geschick vorstand es Liebknecht, seine persönliche Angelegenheit von der Sache zu trennen; in sein pointierter und juristisch scharfsinniger Rede führte er aus, daß ein Eingriff in die Strafverfolgung viel gefährlicher ist als ein Eingriff in die Strafvollstreckung, und zum Schluß holte er zu wichtigen Nieten gegen das Dreiklassenparlament aus, das es verschmäht, die besten Traditionen des Parlamentarismus, die Traditionen der ältesten und bewährtesten parlamentarischen Staaten, zu befolgen, und das nicht einmal den Wunsch hat, seine eigenen Rechte zu erweitern.

Zu weiteren Verläufe der Verhandlungen zeigte der freisinnige Herr Rosenow, der als „Direktor“ des Berliner herrschaftlichen Abonnementvereins für erkrankte Dienstboten seine eigenen Portemonnaie-Interessen so vortrefflich zu wahren versteht, daß er auch anders kann, wenn es sich um arme Teufel handelt. Bei der Beratung einer Denkschrift über Ausführung der Gesehe zur Verwilligung von Staatshilfen für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und Keinen Beamten meinte „Direktor“ Rosenow nämlich: man brauche für diesen Zweck jetzt nicht mehr so viel Mittel aufzuwenden, als ursprünglich beabsichtigt war, weil inzwischen ja der Wohnungsgeld-

schon entwickelt werden, wenn bei dem Verkauf kein Gewinn erzielt wird. Städtischer und ländlicher Besitz muß aber paritätisch behandelt werden. Die Sozialdemokraten werden gegen die Vorlage stimmen.

Schaffstetler Schadow hält es von seinem Standpunkt aus für völlig gleichgültig, ob man die Steuer als Besitz- oder als Verkehrssteuer bezeichnet, die Hauptsache ist, daß sie bewilligt wird.

Ein Antrag des Grafen Westarp verlangte Steuerfreiheit für landwirtschaftlich oder gewerblich zu benutzende Grundstücke, wenn der Erwerber nicht bereits im In- oder Ausland Grundstücke im Werte von 100 000 M. besitzt; wenn der Erwerber einer Wohnstätte nicht mehr als 1500 M. Jahreseinkommen bezieht.

Abg. Sieg (nail.) hat Bedenken gegen diese Steuer, weil sie die Einnahmen der Kreise und der Gemeinden nachteilig beeinflusst.

Finanzminister v. Rheinbaben bekämpft die Anträge des Grafen Westarp, der Steuerfuß ist so minimal, daß man Ausnahmen nicht zulassen darf.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des konservativen Antrages auf Erhöhung des Steuerfußes von 1/2 auf 1/3 v. D., ferner des Antrages auf weitergehende Befreiungen im Sinne des Grafen Westarp. Dann wird der ganze Paragraph angenommen. Ein Teil des Gesetzes wird dann gleich in bloc angenommen.

Ein konservativer Antrag will, daß der gebundene Besitz (Hypothek) nach je 30 Jahren mit 1/2 v. D. des jeweils ermittelten Wertes belastet werde. Wegen dieses Antrages wandten sich als nicht durchführbar Finanzminister v. Rheinbaben und Abg. Herold (Z.). Der Antrag wurde angenommen. Damit ist der Umschlagstempel genehmigt.

Es folgt die Beratung des

Wechselstempels.

Der neue Stempel soll erhoben werden für Wechsel, die länger als drei Monate laufen.

Reichsbankpräsident Havenstein teilt das Ergebnis der vorgenommenen Stichproben mit.

Abg. Singer wünscht zu wissen, wie hoch man den Ertrag aus dem Wechseln schätze, die länger als sechs Monate laufen, denn der ganze Ertrag dieses erhöhten Stempels ist nur auf 7-8 Millionen Mark geschätzt. Die mehr als sechs Monate laufenden Wechsel würden bloß 300 000 M. mehr erbringen. Auch diese Steuer ist eine Verkehrssteuer, die gerade den wenig Kapital-kraftigen Geschäftsleute treffe. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab.

Schaffstetler Schadow gibt zu, daß diese Steuer eine Verkehrssteuer ist.

Abg. Kommsen. Das neue Gesetz kann nur sehr geringe Mehreinnahmen bringen und diese Mehreinnahmen werden die Kreditgenossenschaften tragen müssen, die als Sicherheit Sichtwechsel sich ausstellen lassen.

Abg. v. Camp hält diese Bedenken nicht für zutreffend. Wechsel, die länger als drei Monate laufen, müssen schon der Gerechtigkeit halber höher belastet werden.

Abg. Dr. Bieker befürchtet eine recht unangenehme Rückwirkung auf die Genossenschaften, die gerade die minderleistungsfähigen Kreise umfassen.

Abg. Raab (Ant.) stimmt trotz aller Bedenken dem Gesetz zu, weil er hofft, daß der Beginn der neuen Stempelpflicht auf sechs Monate festgesetzt wird.

Abg. Müller-Fulda beantragt, die Frist von drei auf sechs Monate zu erhöhen.

Abg. Paasche legt dar, daß bei Annahme dieses Antrages die Steuer statt 8 Millionen nur noch 300 000 M. einbringt, denn bloß 1 Proz. der Wechsel ist langfristiger als sechs Monate. In der Hauptsache würden bloß noch Kautions- und Genossenschaftswechsel betroffen.

Abg. Hornemann hebt die Schwierigkeiten hervor, die den Handelskreisen entstehen bei der Beschaffung der Solltreidite.

Schaffstetler Schadow wendet sich gegen den Antrag Müller-Fulda, der den ganzen finanziellen Effekt in Frage stellt. Eine Steuer, die keine Belastung bringt, gibt es nicht.

Nach langer Debatte wird der Antrag Müller-Fulda angenommen und mit dieser Modifikation das ganze Gesetz. Damit ist der Ertrag von 7-8 Millionen Mark auf 300 000 Mark herabgedrückt.

Gegen die Steuer auf Versicherungspolice.

Die Vereinigung der Deutschen Feuer-versicherungs-gesellschaften bezeichnet in einer Petition an den Reichstag die Besteuerung der Versicherungssummen als eine außerordentliche Ungerechtigkeit, die den Teil der Bevölkerung schädigt, der Schwerte, die er versichern muß, erst durch produktive Arbeit zu Vermögensbesitz werden läßt, und ferner auch den Teil, dessen einziger oder wesentlicher Besitz in dem für die Lebenshaltung notwendigen Mobiliarbesitz besteht.

Eine Rede Wilhelms II.

Wilhelm II. hat beim Festmahle des Norddeutschen Regatta-vereins in Cuxhaven eine Rede gehalten, die neben Ausführungen über Segelsport auch einige politische Äußerungen enthält. In Erwiderung auf den Trinkspruch des Hamburger Bürgermeisters Dr. Burchardt sagte der Kaiser unter anderem:

Wir treiben hier Sport und keine Politik; Euer Majestät haben aber die Güte gehabt, die Punkte zu berühren, die aller Deutschen Herzen sehr bewegen. Ich hoffe immer noch, daß der Gemeinsinn in unseren Volksoberleitern sich über dem Parteisinn Wahn brechen wird, da ich doch annehme, daß niemand unter ihnen die Verantwortlichkeit auf seine Schultern nehmen wird, das Scheitern einer für unser Vaterland nach innen wie nach außen unumgänglich notwendigen Reform zu verantworten.

Sie haben alle mit Interesse meine Reise nach den finnischen Schären verfolgt, wo ich so warme und gastliche Aufnahme seitens seiner Majestät des Kaisers aller Neuen und der Seinen gefunden. Es freut mich, in der Lage zu sein, gerade Ihnen, als Vertretern der Handels- und Geschäftswelt, die Sie ein Interesse an der friedlichen Gestaltung der Zukunft haben, das folgende über die Bedeutung des Besuchs mitteilen zu können. Seine Majestät der Kaiser und ich sind dahin übereingekommen, daß unsere Zusammenkunft als eine energische Bekräftigung des Friedens aufzufassen ist. Wir fühlen uns als Monarchen unter einem Gott verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir soweit als möglich auf friedlichem Wege vorwärts bringen und zur Blüte emporführen wollen. Alle Völker brauchen den Frieden, um unter seinem Schutze den großen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung ungehindert obliegen zu können. Daher werden wir beide stets danach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für Förderung und Wahrung des Friedens zu wirken.

Die Äußerungen des Kaisers sind, wie man sieht, ziemlich farblos und das ist gut so, da eine Einmischung des „persönlichen Regiments“ in die Finanzreform natürlich durchaus unerwünscht wäre. Es ist deshalb eine große Angehörigkeit der „Voll. Hg.“ diese „Erwahnungen“, die in dem bei Monarchen üblichen Stil bleiben, parteipolitisch gegen die Konservativen auszusprechen zu wollen.

Der russische Rubel in deutschen Zeitungsredaktionen.

Der Petersburger Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ telegraphiert seinem Blatte:

Petersburg, 22. Juni. Ich erfahre soeben, daß die russische Behörde einen höheren Beamten nach Deutschland sendet, der mit großen Zeitungen Verbindungen anknüpfen soll, damit diese Artikel über russische Verhältnisse, wie sie ihnen von der Regierung gestellt werden, veröffentlichen, zu dem Zweck, um eine russenfreundliche Stimmung in Deutschland zu erzielen.

Wir zweifeln nicht, daß der „höhere russische Beamte“ bei der bürgerlichen Presse Deutschlands den gewünschten Erfolg haben wird.

Also doch noch eine Untersuchung.

Die von der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund ausgedeckten Ueber-vorteilungen der Eisenbahnerverwaltung durch die Aktiengesellschaft „Rhönitz“ zu Hörde haben nun doch eine behördliche Untersuchung zur Folge. Der Präsident der Eisenbahndirektion in Essen erklärt in der „Dortmunder Zeitung“ in einer Verächtlichkeit, daß er auf den ausführlichen keine Antwort gegeben hat, die Direktion der „Rhönitz“ eine Antwort überhaupt nicht erteilt habe. Infolge der Anschuldigungen der „Arbeiterzeitung“ sei vielmehr eine Untersuchung eingeleitet, die aber bisher noch nicht zum Abschluß gelangt ist.

Wie konnte denn, wenn der Präsident der Gesellschaft überhaupt keine Antwort gegeben hat, die Direktion der „Rhönitz“ eine angebliche Antwort des Präsidenten veröffentlichen?

Wo sitzen die Vaterlandslosen?

In rheinischen Blättern findet man diese Meldung aus Roetgen:

„Eine Anzahl italienischer Arbeiter ist bereits bei dem zur Wasserversorgung des Landkreises Aachen beschlossenen Tollperrenbau beschäftigt. Vorläufig handelt es sich nur um die letzten Vorarbeiten zur Anlage der großen Sperrmauer, wie Steinbrechen etc. Sobald mit dem Sperrmauerbau begonnen wird, sollen noch mehrere Hundert italienischer Arbeiter nach hier kommen.“

In einer Zeit der schlimmsten wirtschaftlichen Tiefstände, wo allenhalben Tausende arbeitswilliger Leute arbeitslos auf der Straße liegen, holt man ausländische Lohnruderer gleich hundertweise herbei. Die „nationalen“ Arbeiter sind nur gut genug, um sich immer neue indirekte Steuermillionen aus den ausgemergelten Knochen herauszuholen zu lassen.

Hummern, Spargel und Landtagsfische.

Ein Medlenburger mit Schamgefühl schreibt einem Schweriner Blatt: „Hier in Hamburg berührt es mich als geborenen Medlenburger immer beschämend und direkt demütigend, wenn in den Zeitungen „medlenburgische Rittergüter mit Wahlberechtigung zum Landtag“ gerade so, als handele es sich um Helgoländer Hummern und Lübecker Spargel feilgeboten werden. Aus einer einzigen Nummer eines Hamburger Blattes greife ich z. B. zwei derartige Blüthen heraus. Hier sind sie:

I. Rittergut in Medlenburg, mit 5000 Stimmern im Landtag, 356 Morgen Marschweiden am Hause, neue Gebäude, gute Jagd, mit komplettem, lebendem und totem Inventar, für 100 000 M. bei 50 000 M. Anzahlung zu verkaufen.

II. Rittergut in Medlenburg, mit 1000 Stimmern auf dem Landtag, 356 Morgen groß, größtenteils erstklassige Fettweiden und Wiesen, neue schöne Gebäude, in etwa zwei Stunden von Hamburg zu erreichen, für 200 000 M. zu verkaufen. Hypothek oder kleines Haus wird eventuell in Zahlung genommen.

Der Appell an das Schamgefühl wird aber den Medlenburgern nicht nützen, da die Privilegierten von diesem Gefühl sich völlig frei fühlen. Sie werden daher schon zu stärkeren und wirksameren Mitteln für Einführung parlamentarischer Zustände greifen müssen.

Aus Noerens Wahlkreis. Vor der Strafkammer in Trier wurde ein echter Gegenprozess verhandelt. Zwei Schwestern aus Serrig a. d. Saar hatten die feste Ueberzeugung gewonnen, daß der jüdische Handelsmann Meher ihr Vieh verhezt habe, da die Tiere völlig abmagerten und keine Milch mehr gaben. Sie lockten den Händler deshalb in den Stall und überfielen ihn dort mit Mistgabeln; sie mißhandelten ihn derart schwer, daß er mehrere Wochen bettlägerig war. Das Schöffengericht Saarburg hatte die frommen Jungfrauen zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Trierer Strafkammer als Berufungsinstanz bestätigte die Strafe.

Oesterreich.

Gegen die Getreidezölle.

Wien, 23. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Budget der Landesverteidigung, der Eisenbahnen, des Adersbaues, des Handels und der öffentlichen Arbeiten an. Ueber einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Getreide- und Futtermittelzölle bis zum 31. Juli 1910 verlangte Seid unmittelfarbige Abstimmung des Hauses, während der Verichterichter Steinwender Ueberweisung an den Budgetausschuß beantragte. Das Haus beschloß in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 180 Stimmen die Ueberweisung der Resolution an den Ausschuß. Darauf wurde eine Resolution Jallie, betreffend Aufhebung der Zölle für Kraftfuttermittel, angenommen.

Italien.

Gegen den Zaren.

Rom, 23. Juni. Deputiertenkammer. In der heutigen Vormittags-sitzung wurde über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen verhandelt. Der Sozialist Morgari beantragte eine Tagesordnung, welche die Regierung auffordert, die Initiative zu einer internationalen Konferenz für Schiedsgerichte und Abrüstung zu ergreifen, wobei er den Zaren sehr heftig angriff. Der Minister des Auswärtigen Tittoni antwortete, Morgari habe mit der Freiheit des Wortes gesprochen, die in der italienischen Kammer nie jemand verweigert worden sei, aber in einem Teil seiner Rede habe Morgari jede Grenze, jedes Herkommen und jedes Maß überschritten. (Lebhafte Zustimmung; Lärm auf der äußersten Linken.) In anderen Parlamenten hätten die verantwortlichen Minister pflichtgemäß protestiert. Ich erfülle meine strikte Pflicht, indem ich ebenso handle. (Lebhafte Zustimmung.) Der Minister erklärte schließlich, daß er die Tagesordnung Morgari infolge seiner Ausführungen nicht annehmen könne, und wenn er sie aufrechterhalten sollte, werde er die Kammer bitten, sie abzulehnen. (Stürmischer Beifall. Eine große Anzahl von Abgeordneten beglückwünschten den Minister.) Die Sitzung wurde alsdann aufgehoben.

England.

Der Empfang der Dumaabgeordneten.

London, 22. Juni. Die zu Besuch in London weilenden Mitglieder der Duma nahmen heute das Frühstück in den Räumen des Unterhauses. Premierminister Asquith hieß sie als Gäste und Kollegen willkommen. Sie seien an der Newa mit dem Aufbau eines konstitutionellen Staatsgebäudes, des mächtigsten Werkzeuges der Freiheit, beschäftigt, mit derselben Aufgabe, die ihre Kollegen an der Themse jahrhundertlang beschäftigt habe. Der Minister sagte weiter, die warmste Wärme, Begrüßung und Entfremdung seien aus den russisch-englischen Beziehungen gewachsen, und besonders in den letzten zwölf Monaten habe das freundliche Einvernehmen zwischen den beiden Ländern einem politischen Unwetter standgehalten.

Rußland.

Einen echt-russischen Kommentar zur „deutsch-russischen Freundschaft“.

Das „Russkoje Znania“, Organ der Pogromisten, glossiert in folgender Weise die Zusammenkunft Wäterchens mit Wilhelm II.:

„Zur Zeit der inneren Wirren im Jahre 1903 hat Wilhelm II. auch viele Gründe zur Einmischung in die russischen Angelegenheiten, aber ohne Rußland was Schlimmes anzutun, was damals möglich war, gab er den freundschaftlichen Rat, energisch die revolutionäre Canaille auf den Galgen zu bringen. Nur Dank seiner Hilfe wurden die Polen noch rechtzeitig in die Schranken gewiesen und aus Furcht von den Deutschen erdroffelt zu werden, wagten sie nicht den Aufruhr zu proklamieren. Daß dieser starken Unterstützung bekamen die Juden keine Gleichberechtigung, was der Grund war, warum sie England zum Rücken die russischen Leute gegen Deutschland aufbeisten.“

In diesem Jitaz, das alle Kennzeichen der edelrussischen „Geschichtsauffassung“ an der eisernen Stirn trägt (das Märchen über die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen usw.) kommt jedoch gut zum Ausdruck, warum die reaktionärsten Schichten Rußlands gute Beziehungen zu Deutschland, dem reaktionärsten Staate Westeuropas, halten wollen.

Türkei.

Die Kämpfe in Albanien.

Konstantinopel, 22. Juni. Deputiertenkammer. In Antwortung der Interpellation der albanesischen Deputierten über die Expedition Schavid Paschas erklärte der Minister des Innern unter Vorlegung von Telegrammen des Kais von Uestib, die Expedition sei notwendig gewesen, um reaktionäre Strömungen in Albanien zu unterdrücken. Er habe Befehl erteilt, Blutergießen möglichst zu vermeiden. In ausländischen Blättern seien die Vorfälle tendenziös übertrieben worden. Gegenwärtig sei die Ruhe wiederhergestellt.

Persien.

Gegen die russische Invasion.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Aus Teheran wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß die Endschumen verschiedener Provinzen die Regierung telegraphisch auf die Erregung der Volksstimmung über die russische Okkupation und auf die vorgekommenen Gewalttätigkeiten aufmerksam gemacht haben. In Azerbeidschan ist die Erregung so stark, daß man einen Angriff auf die Europäer befürchtet. Die Regierung soll an England und Rußland telegraphisch die Bitte gerichtet haben, Persien sich selbst zu überlassen. — Das Kabinett wird bezichtigt, Persien an Rußland verraten zu haben; es will zurücktreten, falls Rußland keine befriedigende Antwort gibt.

Soziales.

Steuerermäßigung.

Wer auf Grund der Einkommensteuernovelle Herabsetzung in der Steuerveranlagung wegen von ihm zu unterhaltender Kinder, Enkel, Eltern, Großeltern zu beanspruchen hat, muß, wie wir hiermit nochmals hervorheben, einen dahingehenden Antrag schleunigst bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission stellen. Der Antrag muß spätestens am 25. Juni, also morgen, in den Händen des Vorsitzenden sein. Ist der Antrag am 25. abgefordert und erst später dem Vorsitzenden zugegangen, so ist der Antrag verpatet. Kinderreiche Steuerpflichtige, auch solche, deren Reklamation zurückgewiesen war, mögen deshalb sofort einen auf Steuerermäßigung gerichteten Antrag stellen, um ihr Recht nicht zu verlieren.

Die Witwenvollmacht bei Gemeindevahlen.

Der Potsdamer Bezirksauschuß verhandelte am Dienstag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg über eine Klage der Genossen Liesegang, Ruth, Jacobsen und Velten in Ober-Schöneweide, die vom Kreisauschuß abgewiesen war. Die Kläger, die gegen die Gemeindevvertretung in Ober-Schöneweide prozessierten, waren bei den letzten Gemeindevahlen im Besitze einer Vollmacht dort ansässiger Witwen, da sie selbst nicht ortseingewesen im Sinne der Landgemeindeordnung waren. Bei den Wahlen entfielen nun auf einige der Kläger eine große Anzahl Stimmen, so daß sie in die Stichwahl gekommen wären. Am 15. Januar 1908 wurde in Ober-Schöneweide ein Ortsstatut angenommen, das bestimmt, daß die neuzuwählenden Gemeindevorteiler ortseingewesen sein müssen. Die Kläger hatten sich nun zur Grundlage des aktiven Wahlrechts die Stimmen resp. das Mandat in Gestalt einer Vollmacht grundbesitzender Witwen verschafft. Die Wahlberechtigung bestritt man nicht, wohl aber die Befähigung zum passiven Wahlrecht und darum kamen die Kläger für die Stichwahl nicht in Betracht. Das Oberverwaltungsgericht habe, hieß es in den Gründen, entschieden, durch die Vollmacht könne nicht das Recht, gewählt zu werden, übertragen werden. Dieses Recht stehe einzig und allein den gesetzlichen Vertretern zu. Gesetzliche Vertreter für Frauen sind in der Regel die Ehegatten oder im Falle der Unmündigkeit der Vater oder der Vormund. Bei Witwen gäbe es aber noch dieser Auslegung keinen gesetzlichen Vertreter, es sei denn, die Witwe sei entmündigt. Damit falle auch die Möglichkeit der Uebertragbarkeit des passiven Wahlrechts an Personen, die nicht gesetzliche Vertreter sind. Diese Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wurde von einem Kläger als nicht hier in Betracht kommend erklärt. Die Landgemeindeordnung schließt in § 50 Abs. 3 Satz 2 die Bevollmächtigung zur Ausübung eines Kommunalrechtes nicht aus, wenn sie von gesetzlichen Vertretern spreche. Der Bezirksauschuß bestätigte aber das Urteil des Kreisauschusses vom 19. November v. J. und legte die Kosten unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf 3000 M. den Klägern auf.

Schiedungen.

Am Dienstag klagte der Maler Donati gegen den Malermeister Ernst Medlin vor dem Innungs-schiedsgericht auf Zahlung eines Lohnrestes von 78,50 M. Die Forderung stammt noch aus der Zeit seiner Tätigkeit von 1906 bis 6. Juli 1908. Es ist auch schon dieser Forderung wegen ein Prozeß im Vorjahre beim Innungs-schiedsgericht angestrengt worden. Damals wandte der Beklagte ein, daß nicht er, sondern seine Ehefrau Ida Medlin Inhaberin des Betriebes ist. Die Klage wurde darauf gegen diese gerichtet und die Verurteilung erzielt. In der Berufungsverhandlung vor dem Amtsgericht erbrachte die verurteilte Ehefrau den Nachweis, daß nicht sie, sondern ihr Ehemann der Betriebinhaber ist und erzielte dadurch die Abweisung der Klage. In der am Dienstag vor dem Innungs-schiedsgericht stattgehabten Verhandlung in der erneuten Klage gegen den Malermeister Ernst Medlin ließ dieser sich durch einen Tischlermeister, der vortrag, Teilhaber des Betriebes zu sein, vertreten und den im vorigen Jahre schon geltend gemachten Einwand erheben, daß der Betrieb seiner Ehefrau gehöre. Glaubhaft wurde dieser Einwand noch dadurch zu machen versucht, daß hervorgehoben wurde, der Beklagte habe inzwischen Dankerrot gemacht. Das Schiedsgericht beschloß, die Sache zu vertagen und dem Beklagten aufzugeben, im nächsten Termin den Nachweis zu führen, auf wessen Namen der Betriebbetrieb angemeldet ist. Man darf also gespannt sein, wann und von wem der Kläger endlich seinen Lohn erhalten wird. Der Sachlage hätte es nach dem Vorprozeß ersprochen, nun den Malermeister ohne weitere Erhebungen zu beurteilen.

Gewerkchaftliches.

Terror.

Beim Bauarbeiterstreik in Saarbrücken empfehlen die Unternehmer die Anwendung des Terrorismus in krasser Form. Sie haben an die Baufirmen auf dem Lande und den nahegelegenen Städten eine schwarze Liste verfaßt, mit einem Geheimzirkular versehen, in dem folgende bezeichnende Anweisungen vorkommen:

„In den letzten Tagen haben wir in mehreren Fällen festgestellt, daß einige der hier ausgesperrten Maurer und Hilfsarbeiter von auswärtigen Meistern in Arbeit genommen sind. Wenn es uns auch gelungen ist, die meist aus Versehen eingestellten Leute wieder zur Entlassung zu bringen, so müssen wir doch jede Stunde als für uns verloren bezeichnen, die die Maurer und Hilfsarbeiter arbeiten konnten! Es sollte doch jeder Meister bedenken, wie tief er sich stellt, wenn er seinen in schwerem Kampfe liegenden Kollegen durch Beschäftigung streikender Leute in den Rücken fällt, und daß in Wirklichkeit solche Arbeitgeber sich auch bei den Streikenden selbst nur verächtlich machen! Wenn in Saarbrücken die Löhne unerbittlich steigen, so haben die Arbeitgeber auf dem Lande genau dasselbe zu erwarten. . . . Auch vaterländische Interessen sind dabei zu verfolgen, da wir es in der Hauptsache mit der freien Gewerkschaft zu tun haben, deren Leute zur Sozialdemokratie halten.“

Wir bitten daher nochmals auf das allerdringlichste, die erhaltenen Streiklisten genau durchzusehen und im Zweifelsfalle bei der Namensfeststellung lieber einen Mann mehr zu entlassen wie zu wenig! Sofortige Entlassung, keine solche mit 14tägiger Kündigung, ist erforderlich und bitten wir, diese um jeden Preis zu veranlassen.

Weiter ist erforderlich, daß jeder nur irgendwie entbehrliche Maurer überhaupt nicht beschäftigt wird. Für die Dauer der Aussperrung müssen auf dem Lande unbedingt die Arbeiten nach Möglichkeit eingeschränkt werden! Jede Privatbautätigkeit muß bis später zurückgestellt werden!

Wir hoffen bestimmt, daß uns dieses Mal und in Zukunft Ihre lauffähige Hilfe zuteil wird. Bürgerchaft, Industrie und Behörden stehen einmütig hinter uns! . . .

Die Wirkung dieses Fembriefes zeigt uns das nachfolgende Schreiben der Baufirma Fink aus Saargemünd (Lothringen), die drei Maurer sofort daraufhin entlassen hat. Es lautet:

„Leute, Samstag Abend, ging uns vom Saarbrücker Arbeiterverband die Streikliste zu, mit der Aufforderung an uns, sämtliche in der Liste angeführten bei uns beschäftigten Leute sofort auszusperren, welcher Aufforderung wir hiermit Folge leisten, indem wir Sie, den Schmer und den Hoffmann sofort entlassen.“

Sie möchten es den beiden anderen gefl. mitteilen.“

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Kupferschmiede ist dem für die Metallindustrie bestehenden Kartell beigetreten.

J. A.: Adolf Cohen.

Ueberschusspraktiken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Fortgesetzt werden in der A. E. G., besonders im Berl. Grunnenstrasse, die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtert, obgleich die Leitung der Gesellschaft bei hohen Rücklagen und vollständiger Amortisation der Betriebsmittel Jahr für Jahr in der Lage ist, 12 Proz. Dividende zu verteilen. Wenn die Firma im letzten Geschäftsbericht schreiben konnte, daß der Absatz der Produkte der Gesellschaft um 20 Proz. zugenommen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aber um 10 Proz. abgenommen habe, dann kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Verhältnisse der Arbeiter gestaltet wurden, um dieses Resultat zu erzielen. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Leistungsfähigkeit der Werkzeugmaschinen gestiegen ist, bleibt immer noch ein gewaltiger Teil des Gewinnes, der lediglich auf Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zurückzuführen ist. Und trotz der hohen Dividenden, trotz der hohen Rücklagen mag es die Direktion, all diese Verschlechterungen mit dem Hinweis auf die Konjunktur zu begründen. Wüßte man nicht, daß die Direktoren der A. E. G. mit gewöhnlichen Arbeitern keine Scherze machen, man könnte die Begründung für einen verspäteten Fastnachtsdinner halten. Nicht nur bei den „besseren“ Verdiensten (wenn dieses Wort in der A. E. G. überhaupt gebraucht werden darf), sondern auch bei den schlechtesten Preisen und Verdiensten ist zugunsten der Aktionäre abgezogen worden. So sind die Verdienste der ohnehin schlecht bezahlten Arbeiterinnen auf 5 bis 13 Pf. pro Stunde zurückgegangen. Infolge dieser „fürsichtigen“ Einkommen ist die A. E. G. auch bei den Arbeiterinnen, sowie lange schon bei vielen Arbeitern, in Verruf gekommen. Besonders wird in der Kleinmotorenfabrik und im Maschinenbau geklagt. In den Kalkulationsbüros werden die Preise ohne jede Sachkenntnis festgesetzt. Arbeiten, für welche 85 Pf. festgesetzt wurden, mußten nachher mit 15 Pf. bezahlt werden. (1) Andere Arbeiten wurden mit 8 Pf. kalkuliert und hernach ist eine ganze Woche daran gearbeitet worden. Ein Dreher bekommt eine Arbeit, für die im Kalkulationsbüro 50 Pf. angesetzt sind. Die Ausführung der Arbeit dauert zwei Schichten a 8 Stunden. So verstehen die Herren im Kalkulationsbüro ihr Fach. Wer die Arbeit nicht machen will, wird mit sofortiger Entlassung bedroht. Besonders schneidig geht der Obermeister Kramer vor. In der Abteilung Thierie besteht noch die zehnständige Arbeitszeit bei einem Lohn von 44—60 Pf. für Monteure. Der Anfangslohn der Hilfsmonteure beträgt 38 Pf. Es werden von den Arbeitern fortgesetzt Ueberstunden verlangt. Als am 18. März und am 31. Mai die Arbeiter Ueberstunden machen wollten, wurden die Kontrollkästen verschlossen, so daß die Arbeiter den Betrieb nicht verlassen durften. Ein Arbeiter, der dem Meister erklärte, er könne nicht länger arbeiten und der nach Hause ging, mußte 2 Pf. Strafe zahlen. Aber all dieses wird durch das neue Kolonnensystem bei weitem übertroffen. Es arbeiten nach diesem System verschiedene Berufsgruppen zusammen. Die Arbeiter werden nicht eher bezahlt, als bis sie fertig im Lager liegen. Wenn bei der letzten Operation eine Arbeit bei den schlechten Preisen Ausschuss wird, so bekommen alle diejenigen, welche vorher daran gearbeitet, nicht einen Pfennig für die Arbeit. Die Arbeiter haben früher an einer Bank 88 Pf. verdient, während sie jetzt an zwei Banken nur 20—25 Pf. verdienen. Als sich die Arbeiter dagegen wehrten, erklärte der Direktor Eises: „Das System ist das Ideal aller Kolonnensysteme. Sie müssen das als eine Aktiengesellschaft ansehen, in der die Arbeiter die Aktionäre sind.“ Wenn man solche Kolonne als Aktiengesellschaft ansieht, dann ist es aber eine solche, bei der die A. E. G. die Dividende schließt. Denn durch das Festhalten des Geldes der Arbeiter erzielt die Direktion ganz gewaltige Ueberschüsse. Der Direktor Eises erklärte weiter: „Meine Herren, unser Betrieb ist keine Wohlfahrtsanstalt. Wenn die älteren Leute nicht dafür arbeiten können, müssen sie entlassen werden.“ Das hat den gesamten Arbeitern die Augen dahin geöffnet, daß sie bei der A. E. G., die doch nach außen so gern als Wohlfahrtsfirma auftritt, auf Wohlwollen nicht zu rechnen haben, und

daß sie nur mit Hilfe der Organisation in der Lage sind, sich gegen die gewaltigen Verschlechterungen ihrer Lage zu wehren.

Deutsches Reich.

Der Abwehrkampf der Holzarbeiter in Helmstedt ist beendet.

Der mehrere Monate andauernde Streik bei der Firma Saalfeld in Helmstedt, bei dem Gendarmen, Polizisten, Wachtmeister, Bürgermeister usw. sich hervorgetan haben, hat mit einem Siege der Arbeiter sein Ende gefunden.

Es ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

„Der unter dem 25. März 1908 zwischen der Firma Richard Saalfeld in Helmstedt sowie dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe einerseits und dem Deutschen Holzarbeiterverband andererseits abgeschlossene Vertrag bleibt unverändert bestehen.“

Die Mehrpreise, welche bereits festgesetzt sind, bleiben gleichfalls bestehen. Wo solche noch nicht bestehen, soll bei Vorgabe, auch bei veränderter Arbeitseinteilung und Bauweise, welche sich im Laufe der Zeit ergeben sollten — vom vierten Stück in der Kastenmöbelbranche, vom sechsten Stück in der Tischbranche —, in der Regel ein Abzug von 10 Prozent auf den Einzelpreis gemacht werden. Der Einzelpreis in der Kastenmöbelbranche wird dadurch festgelegt, daß das erste Stück im Lohn durchgearbeitet wird.

(Mit diesem letzten Passus ist nun endlich klar und deutlich festgelegt, worüber seit Abschluß des vorjährigen Vertrages stets Unklarheit herrschte.)

Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt. Damit hat der erbitterte Kampf, der nicht allein auf gewerkchaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete stattgefunden, sein Ende erreicht. Besonders hervorzuheben ist noch — namentlich bei der langen Dauer des Kampfes —, daß auch nicht einer der Ausständigen zum Streibreaker geworden ist.

Aus dem inneren Westfalen.

Der Wahlkreis Lüdinghausen-Beckum-Barendorf, der von dem Arenberg jetzt im Reichstage vertreten wird, geht zusehends seiner Industrialisierung entgegen. In wenigen Jahren werden im Kreise Lüdinghausen tausende Vergleute beschäftigt sein. Zurzeit ist man an mehreren Stellen mit der Anlegung von Kohlenhöfen beschäftigt. In Vork und Selm läßt die Zechenverwaltung Hermann Schachte abteufen. Bei diesen Arbeiten sind Differenzen der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Holzarbeiter ausgebrochen. Dem Streik haben sich auch die sonst an dem Orte beschäftigten Bauarbeiter angeschlossen. Nachdem nun das Unternehmertum und namentlich auch die Zechenverwaltung vergebens versucht haben, alle ihnen zu Gebote stehenden Wehrmittel in dem Kampfe anzuwenden, erstet den Unternehmern in dem natürlich ultramontanen Amtmann in Vork ein freiwilliger Helfershelfer. In allen Wirtschaften von Vork und Selm und an den Straheneden prangt seit 3 Tagen folgende Bekanntmachung:

„Ich halte es für meine Pflicht, die Maurer, Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter usw. vor unüberlegten Schritten zu warnen, da ich nach angestellten Beobachtungen, Rückfragen und Erörterungen die feste Ueberzeugung haben muß, daß die Arbeitnehmer ganz gewiß unterliegen werden und daher für manche Familie schlimme Lage ganz sicher bevorstehen, wenn mein guter Ratsschlag in den Wind geschlagen wird. Ihr Arbeitnehmer von Vork und Selm! Kein Eingestehen des Amtsbezirks wird zu behaupten wagen, daß ich es nicht immer gut mit den Arbeitern gemeint habe, und so darf ich Euch nochmals bitten, laßt Euch nicht länger von Leuten, die es nicht gut meinen, sondern nur eigene Interessen verfolgen, leiten. Haltet Euch besonders vor Ausschreitungen. Zum Schutze der Arbeitswilligen sind die weitgehendsten Vorkehrungen getroffen.“

Vork, den 18. Juni 1909.

Der Amtmann. Vonsch.

Die wenigen Arbeitswilligen tragen, wie von den Streikenden festgestellt ist, Revolver. Ob der Herr Amtmann diese Bewaffnung mit den weitgehendsten Vorkehrungen, die zum Schutze der Arbeitswilligen getroffen sind, meint? Der Einfluß der modernen Arbeiterbewegung ist in den genannten Orten noch nicht sehr groß, umso mehr wird aber durch die Bekanntmachung dokumentiert, wie das Zentrum und seine Leute dort Arbeiterinteressen vertreten, wo sie zu Konzessionen an die Arbeiter durch die Verhältnisse noch nicht gezwungen sind und noch ziemlich uneingeschränkt herrschen.

Der Streik der Kieler städtischen Arbeiter vor dem Stadtparlament.

Die städtischen Kollegen in Kiel verhandelten am Dienstagabend in vierstündiger Debatte über die sozialdemokratische Interpellation wegen des Streiks und der Aussperrung der städtischen Arbeiter. Der Verlauf der Verhandlungen hat bekundet, daß es nicht die Finanzlage der Stadt gewesen ist, die den Magistrat veranlaßt hat, jeden Versuch einer friedlichen Vereinbarung mit den Arbeitern von der Hand zu weisen, sondern lediglich der Herr-im-Haus-Standpunkt.

Der Stadtrat Rauscha erklärte, daß Nachgiebigkeit Verzicht auf konsequentes Verhalten sei, und daß der Magistrat fest entschlossen sei, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ahlmann sagte, daß der Magistrat sich um seine Autorität bringen würde, wenn er nachgeben würde. Keiner der bürgerlichen Stadtverordneten widersprach diesen Ausführungen.

Unjere Genossen Riendorf, Kuhn und Cappel geißelten in scharfer Weise das unsoziale Verhalten des Magistrats, die unerhörten Uebergriffe der Polizei, die Verschwendung städtischer Gelder an die Arbeitswilligen, die Ablehnung des Einigungsamtes, die Weigerung, mit der Organisation zu verhandeln und die Weigerung, die sozialdemokratischen Stadtverordneten die städtischen Betriebe besichtigen zu lassen.

Die bürgerliche Mehrheit billigt jedoch alle geschehenen und künftigen Maßnahmen des Magistrats.

Die Ansicht des Magistrats über das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter läßt sich dahin zusammenfassen, daß er den Arbeitern nur das Recht zugesteht, alleruntertänigst Bitten vorzutragen. — Die liberale Kieler Stadtvertretung hat so zu dem seit Jahren systematisch betriebenen Wahlrechtsraub noch die wirtschaftliche Anechtung der städtischen Arbeiter gefügt.

Ein Erfolg der Einigkeit.

Der Streik, den der Metallarbeiterverband und Industriearbeiterverband in Solingen gemeinsam gegen die dortige Stahlwarenfabrik Randewitz führte, ist zugunsten der Arbeiter beigelegt worden. Am letzten Montagnachmittag fanden zwischen dem Firmeninhaber und den Vertretern des Industriearbeiterverbandes sowie Metallarbeiterverbandes unter Hinzuziehung eines Vertreters der christlichen Metallarbeiterorganisation Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß der Streik aufgehoben wurde und sämtliche Streikende wieder eingestellt werden mußten. Der Fabrikant erklärte sich bereit, bei Aufhebung des Streiks eine Busse von 1250 Mark an die Arbeiter zu zahlen, die zu gleichen Teilen in die Kassen des Industriearbeiterverbandes und Metallarbeiterverbandes fließt. Gleichzeitig wurde dem Fabrikanten Pf. die Verpflichtung auferlegt, eine Kautions von 1000 Mark zu stellen, die den Kassen der beiden Verbände verfällt, wenn er wiederum bei der Umgehung der Preisverträge (Tarife) betroffen werden sollte.

Diesen Erfolg der Solinger Arbeiter kann man erst dann richtig ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß seit circa zwei Jahren im dortigen Industriebezirk eine große Arbeitslosigkeit herrscht und Hunderte von gelernten Arbeitern gar keine oder nur teilweise Beschäftigung haben. Andererseits werden aber auch hoffentlich die Solinger Arbeiter aus dem günstigen Abschluß dieses Streiks die Lehre gezogen haben, welche Macht sie auszuüben in der Lage sind, wenn sie einig und geschlossen dem Unternehmertum gegenüberstehen.

Die Differenzen in der Feilen- und Sägefabrik Pleiß u. Co. in Remscheid sind zugunsten der Arbeiter geregelt. Die Firma hat von der Vornahme des geplanten Abzugs Abstand genommen, worauf die seitens der Arbeiter eingereichten Kündigungen ebenfalls wieder zurückgezogen wurden.

Der Kampf im Solingener Lithographiesteingegebiet wird mit großer Heftigkeit geführt. Die christliche Verbandsleitung bemüht sich, von den über 800 Aussperrten möglichst viele abzuschließen und ihnen auswärts vorübergehend Arbeit zu verschaffen. Einige hundert Mann wurden bei Erdarbeiten in der Gegend von Hagsburg und Mänchen sowie bei den Arbeiten am neuen Truppenübungsplatz in der Oberpfalz untergebracht. Die Vereinigung der Unternehmer verendet an die Aussperrten Zettel, durch die all denjenigen Weiterbeschäftigung zugesichert wird, die unterjährig erklären, daß sie keinerlei Gewerkschaft angehören und auch in Zukunft keiner solchen angehören wollen.

An der jetzigen Situation sind die guten Christen selbst zu einem erheblichen Teile mitschuldig. Als vor zwei Jahren die freie Gewerkschaft die Lithographiesteindrücke besser aufstern nahm, bedachten sich die christlichen Führer, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen, der aber nur minimale Verbesserungen brachte und auch sonst recht mangelhaft und schwammig war. Es war ja den christlichen Hauptlingen nur darum zu tun, gegenüber der „Konkurrenz“ auf einen „Erfolg“ verweisen zu können. Damals herrschte eine brillante Konjunktur und bei entschiedenem Vorgehen hätten sich erhebliche Zugeständnisse erreichen lassen. Gegenüber den Kritikern aus anderen Lagern, die auf das Unzulängliche des Vertrages hinwiesen, wurde geltend gemacht, man könne sich dabei auf die Toleranz der Unternehmer sehr wohl verlassen. Die Toleranz zeigte sich voriges Jahr, als die Unternehmer dazu schritten, die Leibeigenschaft wieder einzuführen, indem die Vereinigung der Industriellen den Beschluß faßte, daß kein Arbeiter, der aus einem Betriebe freiwillig ausscheiden würde, vor sechs Monaten in einem anderen Betriebe Beschäftigung erhalten dürfe. Dies ließen sich die Christlichen dann damals ruhig gefallen. Nun folgte der zweite Schlag. Die christliche Verbandsleitung wollte den Vertrag weiter laufen lassen, aber die Unternehmer kündigten ihn und legten einen neuen Entwurf vor, der u. a. Lohnkürzungen von 10 bis 50 Proz. bringen sollte. Es wurde gedroht, wenn der Vertrag bis 1. Juli nicht anerkannt werde, würden sämtliche Betriebe geschlossen. Da die Christlichen sich zu Gegenmaßnahmen rüsteten, erfolgte schon jetzt die Aussperrung.

Einen schönen Erfolg gewerkchaftlicher Arbeit erzielte in Straßburg i. Elz. der Zentralverband der Handlungsgel. und Gehilfen Deutschlands, indem durch seine Tätigkeit für die mehr als 500 Angestellten der dortigen drei Warenhäuser an Stelle der bisher bestehenden 1 1/2 stündigen Mittagspause die zweistündige eingeführt ist bezw. am 1. Juli eingeführt wird. In einem der Warenhäuser wurde noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 1 1/2 Stunden erreicht, so daß für 350 Angestellte eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 3 Stunden, für 150 eine solche von 4 Stunden erzielt wurde. Ein schöner Beweis dafür, daß auch im Handelsgewerbe durch die Einigkeit und den Zusammenhalt der Handlungsgel. und unter Benutzung gewerkchaftlicher Aktionsmittel mancher Erfolg erzielt werden kann.

Ausland.

Niederlage der Straßenbahner in Petersburg.

Der unter so günstigen Verhältnissen begonnene Streik der Straßenbahner in Petersburg hat bereits nach fünf Tagen mit einer Niederlage der Streikenden geendet. Reigt der Streik selbst, daß die Passivität in den breiten Arbeiterkreisen abgenommen hat und selbst solche rückständigen Elemente wie die Straßenbahner eine energische Organisationsarbeit unternehmen konnten, so zeigt andererseits der Verlauf des Streiks, daß sämtliche „staatsverhaltenden Elemente“ gegen die Streikenden front machten und im Verein mit der Administration alle Kräfte aufboten, um den Versuch der Straßenbahner, gegen den scharfmachereischen Magistrat anzukämpfen, zunichte zu machen. Der Magistrat übertraf an Terrorismus selbst die russische Polizei. Am vierten Streiktag wollte der Magistrat die Streikenden und ihre Familien aus den städtischen Wohnungen entfernen lassen. Dem widersetzte sich jedoch die — Polizei, welche darauf bestand, daß man vorher den Streikenden den rückständigen Gehalt auszahle. Auch sonst zeigte der Magistrat und namentlich die Straßenbahnkommission, daß die Vertreter der Großbourgeoisie, die in der städtischen Duma sitzen, nichts so sehr haßten und fürchten, als das Proletariat. „Wir haben zwar“, bemerkte der Kommissionsvertreter Lichtschew in der Sitzung des Magistrats, „einen Verlust von 80—85 000 Rubel davongetragen. Dafür haben wir uns aber von unerwünschten Elementen unter den Angestellten befreit und endlich eine rechte Arbeitsordnung eingeführt.“ Besonders schädlich für den Verlauf des Streiks war es, daß verschiedene Studenten, Exzentrassen und sonstiges Gesindel ihre Dienste anboten und ungeachtet der nothwendig daraus entstehenden Unglücksfälle (die zahlreiche Opfer gefordert haben) von dem Magistrat eingestellt wurden. Die Wagenführer hielten sich bis zum letzten Augenblick, mußten aber vor der feindlichen Uebermacht zurückweichen, um so mehr, als die Polizei durch Hausdurchsuchungen, Verhaftungen usw. die Streikenden terrorisierte. Von den circa 3000 Angestellten wurden 300 verhaftet, während drei Viertel aller Schaffner und fast die Hälfte der Wagenführer um die Wiedereinstellung nachsuchten. Ein Teil von ihnen wurde jedoch vom Magistrat als „unerwünschtes Element“ abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Parlamentsstichwahlen in Holland.

Amsterdam, 23. Juni. (W. L. W.) Bei den heutigen Stichwahlen sind gewählt worden: 13 Liberale, 5 Demokraten, 6 Sozialisten, 20 Protestanten und 9 von der Partei der historischen Christen. Danach ist die Zusammensetzung der neuen Kammer folgendermaßen: 25 Liberale, 8 Demokraten, 7 Sozialisten, 25 Katholiken, 23 Protestanten, 12 von der Partei der historischen Christen. In der neuen Kammer beträgt also die Anzahl der Abgeordneten der rechtsstehenden Parteien 60, die der linksstehenden 40 gegen 49 bezw. 51 in der alten Kammer.

Die neuesten Cholerazahlen.

Petersburg, 23. Juni. (W. L. W.) Seit gestern sind an der Cholera 75 Personen erkrankt und 19 gestorben. Die Zahl der gegenwärtig Kranken beträgt 313.

Erdbeben.

Groß Saltes (Kalifornien), 23. Juni. (W. L. W.) Hier und in einer Anzahl Ortschaften der Umgegend sind heute zwei sehr heftige Erdbeben verspürt worden.

Reichstag.

268. Sitzung vom Mittwoch, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Sadow.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Finanzgesetzes.

Die Beratung beginnt mit Artikel III:

Umsatz- und Wertzuwachssteuer.

Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, die Beratung der Bestimmungen über den Umsatzsteuer zurückzustellen, da die Kommission sich noch mit der Stempelvorlage der Regierung beschäftigt.

Das Haus stimmt dem zu. Mit zur Beratung gestellt wird ein Antrag Graf Westarp (L.), der aus dem Artikel III die Bestimmungen über die Umsatzsteuer beseitigt.

Graf v. Westarp (L.): Es ist zweckmäßig, die Wertzuwachssteuer und die Umsatzsteuer zu trennen; dieser Abicht dient mein Antrag. Der Wertzuwachssteuer steht der Staatssekretär zwar sympathisch gegenüber, meint aber, zu ihrer Ausarbeitung gehören Jahre. Die hierzu vorliegende Denkschrift der Regierung ist hierfür aber nicht beweiskräftig. Sie nimmt besondere Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinden; ich meine aber, die Finanznot der Städte beruht zum Teil auf Ausgaben, die über das Maß des Notwendigen hinausgehen. Eine Teilnahme des Reiches an der Wertzuwachssteuer wird für die Gemeinden eine Mahnung zur Sparsamkeit sein. Wenn man die Reichswertzuwachssteuer überhaupt haben will, muß man sie sofort einführen; denn sonst werden so viele Gemeinden sie einführen, daß man sich in einigen Jahren scheuen wird, in das Finanzwesen der Gemeinden, das dann zum Teil auf dieser Steuer basieren wird, einzugreifen.

Reichsfinanzsekretär Sadow: Im Prinzip sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß auch dem Reiche ein Teil an dem Wertzuwachs gebührt, daß andererseits aber auch die Gemeinden daran beteiligt werden müssen. Anders steht die Frage, ob jetzt schon eine Reichswertzuwachssteuer möglich ist. Redner kritisiert unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses, in welchem zahlreiche Gruppen laute und erregte Privatgespräche führen, die Einzelheiten des Kommissionsvorschlages.

Abg. Dr. Hieber (natl.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

Obwohl wir den Wertzuwachs am Boden in Stadt und Land als geeignete Steuerquelle betrachten, können wir doch nicht der sofortigen Einführung einer Reichswertzuwachssteuer zustimmen. Einmal betrachten wir im Einklang mit der Regierung in dieser Steuer einen besonders geeigneten Weg zum Ausbau der Gemeindefinanzen. Sodann halten wir die Ausdehnung dieser Steuer auf das Reich bei dem Mangel geeigneter steuerrechtlicher Grundlagen für verfehlt. Schließlich vermögen wir bei der schwebenden und unzureichenden Höhe des veranschlagten Ertrages in dieser Steuer einen Ertrag für eine allgemeine Besitzsteuer nicht zu erkennen. Eine solche finden wir nach wie vor nur in der Erbschaftsteuer. Solange daher die Annahme der letzteren nicht gesichert erscheint, können wir dem Kommissionsvorschlag einer Reichswertzuwachssteuer nicht zustimmen. (Lebhafte wiederholtes Bravo! links.)

Abg. Dr. Jäger (S.) bleibt völlig verständlich. Man vernimmt nur, daß er den Kommissionsvorschlag ganz besonders mit dem Hinweis auf solche Großstädte empfiehlt, die — wie Berlin — keine Anstalten zur Einführung einer Wertzuwachssteuer machen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wir befinden uns hier eigentlich in einer ersten Lesung. Die Verletzung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit rächt sich also dadurch, daß die Formen einer ersten Lesung doch gewahrt werden müssen, wenn überhaupt eine Verständigung zustande kommen soll. Was die Sache selbst anlangt, so werden meine Freunde wie in der Kommission so auch hier ihre prinzipielle Geneigtheit für eine Reichswertzuwachssteuer betonen. Die starke Verdröpfung, welche diese Steuer in den deutschen Gemeinden in den letzten Jahren gefunden hat, ist zum größten Teil auf die lebhafteste Agitation der Sozialdemokraten zurückzuführen, die immer und überall versucht haben, den unverdienten Gewinn aus der erheblichen Wertensteigerung wenigstens teilweise der Allgemeinheit wiederzugewinnen. Diese Bestrebungen und Anträge sind von dem lebhaften Wunsch eingegeben, den minder-

bemittelten Volksklassen bessere Wohngelegenheit zu verschaffen; sie würden noch weit mehr Erfolg gehabt haben, wenn nicht durch die reaktionären Gesetze den Haus- und Grundbesitzern in den Gemeinden eine so übermächtige Stellung verliehen wäre. (Lebhafte Zustimmung!) Bei den Sozialdemokraten.) Was Herr Jäger eben beklagt hat, daß die Wertzuwachssteuer in den Gemeinden so langsam vorwärts kommt, geht auf diese Gesetze zurück, die es unmöglich machen, gegen die Haus- und Grundbesitzer aufzukommen. Reist sind es Liberale, die sich der Wertzuwachssteuer entgegenstellen, aber auch Merkale. (Lebhafte Zustimmung!) In Köln ist sie gegen den Widerspruch der damaligen Merkale Winderheit eingeführt. (Unruhe im Zentrum.) Sie haben ja selbst dagegen gestimmt, Herr Trimborn! (Abg. Trimborn: Rein, dafür!) Nun, dann haben Sie das aus Angst getan. (Lebhafte Zustimmung!) In ihrem Widerstand gegen die Wertzuwachssteuer gleichen sich die Haus- und Grundbesitzer in allen Städten, ob sie katholisch, evangelisch, jüdisch oder atheistisch sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, man soll nicht in die Verhältnisse derjenigen Gemeinden eingreifen, die sozialpolitischen Gewinnen beweisen, daß sie schon jetzt die Wertzuwachssteuer eingeführt haben. Dieses Argument kann aber nicht gegen die Argumente für diese Steuer durchdringen. Auch nach unserer Meinung kann man die Gemeinden ohne Schaden auf Zuschläge zu einer Reichswertzuwachssteuer verweisen. In einigen Jahren würden sie daraus dieselben Erträge ziehen, die sie heute aus der selbständigen Steuer ziehen. Es kann sich auch niemand der Einfuhr verschließen, daß der kolossale Wertzuwachs des Grund und Bodens in unserem Vaterlande ausschließlich auf der Tätigkeit der Gemeinden beruht. Auch das Reich hat dazu verholfen, schon durch seine bloße Existenz. In einzelnen Fällen kann man die Tätigkeit des Reiches direkt nachweisen, so bei Kanalbauten und Eisenbahnbauten, in einzelnen Fällen ist der Bodentwert auch durch Kasernenbauten gesteigert. Wir haben uns schon früher mit dem Gedanken einer Reichswertzuwachssteuerordnung getragen, z. B. in der Zeit der letzten Zolltarifberatung, und ich kann heute nur bedauern, daß dieser Gedanke damals nicht in die Wirklichkeit übergeführt wurde. Wir haben in Deutschland 17 1/2 Millionen Hektar Ackerland. Es werden auf einem Hektar durchschnittlich geerntet 15,4 Doppelzentner Roggen, 19,2 Doppelzentner Weizen, 18,4 Doppelzentner Gerste, 131,1 Doppelzentner Kartoffeln, 17,4 Doppelzentner Hafer. Durch die Getreidepreise ist der Preis für den Doppelzentner Roggen um 5 M. erhöht, für den Doppelzentner Weizen um 5,50 M., für den Doppelzentner Hafer ebenfalls um 5 M. Rechnet man nach Abzug der Einfuhr eine durchschnittliche Ertragssteigerung von 12 mal 5 = 60 M., so ergibt sich eine kapitalisierte Wertsteigerung von 20 mal 60 oder 1200 M. pro Hektar. Da wir 17 1/2 Millionen Hektar Ackerland haben, so ist der länderliche Grund und Boden lediglich durch den letzten Zolltarif um mehr als 21 Milliarden Mark im Werte gestiegen. (Lebhafte Zustimmung!) Das davon nicht wenigstens ein Teil auch bisher schon für die Allgemeinheit zugänglich gemacht ist, ist im höchsten Maße zu bedauern, um so mehr, als unter den fürchterlichen Folgen des Zolltarifs weite Kreise des Volkes direkt der Hungersnot preisgegeben sind. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Bei der tatsächlichen Überlegenheit, die ein Großgrundbesitzer hat, und bei dem enormen Terrorismus, der auf dem Lande herrscht (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), ist es ganz ausgeschlossen, daß in ländlichen Bezirken eine Wertzuwachssteuer eingeführt wird, es sei denn durch das Reich. Auch deshalb also empfiehlt sie sich. Indessen läßt sich doch nicht verkennen, daß die sichere Grundlage für ein solches Gesetz in dem Antrag Westarp und nicht gegeben zu sein scheint. Es ist eben dieser Antrag auch eines jener

Schnellsteuerprodukte,

mit denen uns die Mehrheit der Kommission überrascht hat. Und er wird anherdem ja jetzt schon durch eine Reihe von Abänderungsanträgen wieder abgeändert. Bedenkt man, daß dieser Antrag eine erste Lesung im Reichstage noch gar nicht passiert hat und nun in zwei Lesungen fertig gemacht werden soll und daß er in der Kommission noch gar nicht ordnungsmäßig beraten ist, so spricht dies doch sehr gegen eine Zustimmung für den Antrag. (Abg. rechts.) Man wird vielleicht sagen: ja, mit einer platonischen Erklärung für die Wertzuwachssteuer dürft Ihr Euch nicht begnügen und ebensowenig mit der Erklärung der Regierung, daß sie selbst bald eine Wertzuwachssteuer vorlegen wird. Nun, Wirtrauen gegen die Regierung besitzen wir in reichem Maße, und ich will auch zugeben, daß man sich auf ihre Erklärungen nicht sehr verlassen darf. Aber wenn sie verspricht, daß sie

ein Steuergesetz machen will, darf man ihr wohl trauen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher ist kein großer Zeitverlust zu befürchten, und eine prinzipiell so wichtige Vorlage sollte doch nach allen Seiten vorher beraten werden. Aus diesem Grunde halten wir uns nicht für gebunden, dem jetzigen Antrag des Grafen Westarp zuzustimmen, obwohl der Gedanke der Reichswertzuwachssteuer unsere Sympathie hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Auch wir sind keine prinzipiellen Gegner der Wertzuwachssteuer auf Immobilien und sind auch bereit, sie für das Reich einzuführen, wenn dies durchführbar ist. Wir verhehlen uns aber nicht, daß die Einführung dieser Steuer für das Reich den größten Schwierigkeiten begegnen wird, da schon die örtlichen Besonderheiten eine Einheitlichkeit auch nur der grundlegenden Bestimmungen außerordentlich schwierig machen werden. Wir lehnen daher den vorliegenden, auf rein lokale Verhältnisse zugeschnittenen Gesetzentwurf ab und sehen den weiteren Schritten der Regierung entgegen. (Bravo! bei den Liberalen.)

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.): Die liberalen Redner lehnen also auch diesen Vorschlag wieder ab. Der Herr Staatssekretär verlangte einige Jahre Zeit, damit die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeite. Ich habe aber schon bei der vorigen Finanzreform auf die Reichswertzuwachssteuer hingewiesen. Wenn wir auf diesem Gebiete etwas Durchgreifendes schaffen wollen, müssen wir die Zuwachssteuer von Reichs wegen einführen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Westarp (L.) und Abg. Frhr. v. Camp-Rassau (Sp.) sprechen sich für die Kommissionsvorlage aus.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) stellt einen Irrtum in seinen Ausführungen über die Vorgänge in der Kölner Stadtkommunalversammlung richtig.

Hiermit schließt die Diskussion. In der

Abstimmung

erheben sich für § 1 der Vorlage die Rechte und das Zentrum. Vizepräsident Raempf: Das Bureau ist zweifelhaft. (Brausendes Hjo! rechts und im Zentrum.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Es erheben sich Sozialdemokraten, Freisinnige, Rationalliberale und Polen.

Vizepräsident Raempf: Das ist die Minderheit. (Schallendes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

In der Unruhe des Hauses bleiben die folgenden Ausführungen des Abgeordneten Grafen Westarp (L.) zu

§ 2

unverständlich.

Abg. Cuno (fr. Sp.) zeigt an einem praktischen Beispiel die Unhaltbarkeit der Bestimmungen der Vorlage und des neuesten, im Laufe der Sitzung schon wieder veränderten Abänderungsantrags Westarp. Die Steuer, wie Sie (zur Mehrheit) sie vorschlägt, ist keine soziale Besitzsteuer, sondern eine unsoziale Steuer zur Verhinderung der Besteuerung der Erbschaften. (Stürmische Zustimmung links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich unterschreibe nicht nur die Ausführungen des Abg. Cuno über diese Art der Gesetzgebung, sondern behaupte darüber hinaus, daß auch nicht der dritte Teil der Freunde des Grafen Westarp die Tragweite der Bestimmungen dieser sogenannten Vorlage versteht. (Lebhafte Zustimmung links, Zuzuf bei den Freisinnigen: Ist zu hoch für sie! Weiterkeit und Zustimmung links.) Nicht genug damit, daß eine Lesung unterschlagen wird, alle fünf Minuten kommt man mit den einschneidendsten Veränderungsanträgen, die sich auf die schwierigsten Materien beziehen, und verlangt von uns, daß wir unbeschweren darüber abstimmen. Diese Methode ist dieser Mehrheit unwürdig. (Lebhafte Zustimmung links, Loben rechts und Rufe: Abstimmen!)

Abg. Dr. Hoffe (L.): Wir müssen den Sprung wagen, wie wir den großen Sprung der sozialen Gesetzgebung gewagt haben. (Stürmische Bravo! rechts, Lachen links.)

Die Diskussion schließt.

§ 2 wird mit derselben Mehrheit angenommen wie § 1, desgleichen die einzelnen Abschnitte des § 3. (Die Mehrheit bleibt, um sich die Mühe des Aufstehens und Niederlegens zu ersparen, unter Heiterkeit der Minderheit einfach stehen.)

Beim § 4 rühmt Graf Westarp (L.) die positiven Leistungen der Kommission.

Abg. Gotthein (fr. Bg.): Die positiven Leistungen der Kommission bestehen im Abschreiben, allerdings nicht immer im

Kleines feuilleton.

Das Luftschiff in der Literatur. Zweihundert Jahre sind es in diesen Tagen her, seitdem von einem Menschen der erste Aufstieg in die Lüfte gewagt wurde. Dieser früheste Vorläufer Nappelins, der dann noch für lange der einzige bleiben sollte, war der Vater Gudman, der 1709 in Lissabon mit einem Heißluftballon bis zur Höhe von 200 Fuß aufstieg. Wir besitzen ein gedrucktes Zeugnis dafür in einer deutschen Druckchrift des Titels „Nachricht von dem sitzenden Schiff, so aus Portugal den 24. Junii in Wien mit seinem Erfinder glücklich angekommen. Von neuem nach dem allbereit gedruckten Exemplar in die Raumburger Weg gesandt Anno 1709.“ Die angebliche Ankunft in Wien ist natürlich eine fromme Erfindung, denn der Ballon kam überhaupt nicht aus Lissabon heraus, da er an einem Aufbau des Königschlosses hängen blieb. Indessen ist die kleine Schrift interessant als erstes gedrucktes Dokument in deutscher Sprache über die Erfindung, in deren stegreifem Reichen unser gegenwärtiges Zeitalter steht.

Daß das Flugproblem selbst die menschliche Phantasie schon vor Jahrtausenden beschäftigte, lehrt die griechische Mythologie so gut wie die germanische Sage von Wieland dem Schmied. In der schönen Literatur dagegen erscheint der fliegende Mensch erst verhältnismäßig spät, im 17. Jahrhundert, und das Luftschiff als solches wird in die Belletristik zuerst durch des bekannten Freizeitherrn von Knigges Roman „Die Reise nach Braunschweig“ eingeführt, der den im August 1788 in Braunschweig erfolgten Aufstieg Blanchards darin schildert. Um dieselbe Zeit begann, wie wir einer Studie Professor Jakob Minors in der Zeitschrift für Väterfreunde entnehmen, das Luftschiff auch die Großen unserer Literatur zu interessieren. Wieland, der allem Neuen stets bereitwillige Aufmerksamkeit schenkte, schrieb 1788 in seinem „Teutschen Merkur“ über die „Aeroplanomanie“ und im folgenden Jahre über die Aeronauten. Auch Klopstock äußerte sich im Hinblick auf den Erfinder Charles und seine „Eborlöber“, er sei glücklich, das noch erlebt zu haben und wäre bereit, so wie er dasstehe, in Wägen und Schlafrock mit aufzusiegen. Mit fast kindlicher Freude begrüßt Goethe, wie seine Briefe an Lavater und Frau von Stein zeigen, die neue Erfindung, die er auch gleich im „Rauch“ verwirklichte, wenn er den Neophilosophen die „Feuerluft“ bereiten läßt, worunter man damals noch das neu erfundene Brenngas verstand. Das größte Interesse erregte der Luftballon bei dem satiriker Lichtenberg, der Phyliter war. Jean Paul führt in nicht weniger als vier seiner Erzählungen den Luftballon ein, während dieser merkwürdigerweise bei den Romantikern, deren unbestimmtem Sehnsuchtsdrang er eigentlich direkt hätte entsprechen müssen, fast gar keine Rolle spielt. Ein Sonett Johanna Berners trägt die Ueberschrift „Die Luftschiffahrt“, und Kleist hat dem Gegenstand einige ernste Artikel in seinen „Berliner Abendblättern“ gewidmet. Schon früh hatten sich auch die niederen Geister der Literatur der neuen Erfindung und ihrer Fluchtchancen bemächtigt; besonders

die Ballett- und Singpielverfasser — unter ihnen der Bauberflöten-Dichter Schilaneber — verwerteten das dankbare Thema zu zahlreichen Fabrikaten. „Die Luftmaschine oder die entführte Jüdin“ hieß vielversprechend ein Ballett, das 1784 in Klopstock aufgeführt wurde. Auch der Volksbühne, dem Marionettentheater und der Kunstfeuerwerkerei diente der Luftballon als willkommenes Spektakel; unter anderen ließ Karl Meisl in Wien in einem mythologischen Schaustück den Merkur im Luftballon auf die Wägene kommen, und in Raimunds „Diamant des Weiskönigs“ erschien ein Luftballon von einem Kolibri luftgeleitet. Auch die leichtere Unterhaltungsliteratur ließ sich den Stoff nicht entgehen, wie beispielsweise Holtei in seiner Erzählung „Der Luftball“. Von etwa 1830 ab hört dann das literarische Interesse an der Luftschiffahrt — wohl wegen ihrer geringen Fortschritte — längere Zeit ganz auf. Es setzt erst ein Menschenalter später wieder langsam ein, als Jules Verne seinen Phantaseroman „Fünf Wochen im Ballon“ veröffentlichte, und erlebte schließlich eine plötzliche neue Blüte mit den technischen Erfolgen der jüngsten Zeit. Seit 1906 hat eine förmliche Luftfahrtbekehrtheit sich entwickelt, als deren wertvollster Wert Max v. Etzhs nachgelassener historischer Roman „Der Schneider von Ulm“ gelten darf, während die Wälder von Emil Sandt, Oswald Gerhard Seeliger u. a. vorläufig nur Zukunftsphantasien gestalten. Im Ausland hat H. G. Wells mit seinem „Luftkrieg“ den größten Erfolg davongetragen und Hermann Heijermans in seiner Erzählung „Geflügelte Laten“ das Flugthema satirisch behandelt, ebenso wie jüngst in seiner in Wien gespielten Komödie „Der große Flug“.

Das alles freilich sind erst Vorboten und Ansätze; welche gewaltige Befruchtung die dichterische Phantasie noch erfahren dürfte, wenn sich das Reich der Wolken und des blauen Aethers dem Menschen schließend in seinen Höden und Weiten erschlossen haben wird, läßt sich heute noch kaum ahnen.

Musik.

Eine Operettenpremiere in Bremen. Aus Bremen wird uns geschrieben: Eine Operette, die auch anderen Orten droht, ging hier im Livoli-Theater zum erstenmal vor sich. Der Gesammttitel lautet: „Wenn Männer lieben.“ Operette in 3 Akten. (Zwei nach dem Tagebuch eines Deutsch-Afrikaners.) Text und Musik von Georg Kunze. — Zum Zwecke einiger Verlobungen wird eine ganze Sängertuppe aufgeboden. Wichtiger war die Sängertuppe im Parkett. (Der Urheber ist Bremer Kind, besonders das letztere.) Eine deutsche Kolonie ist zweifellos ein sehr günstiger Gegenstand für Operetten. Amoth machte ein Weihnachtsmärchen daraus. Verherrlicht werden besonders das Deutsche Reich und die Kaufleute der Bremer Frauen (die mir neu war). Auf derselben Höhe betrug sich die Musik. Technische geschickte Instrumentierung von Nadelmelodien. Man konnte lange Strecken mitpreisen, was das Publikum aber leider vernahmte. Die Ausführung war recht gut, und der große Beifall der Partei Amoths deichtete einen Erfolg. Die bürgerliche Presse ist entzückt. Im Regilon steht, Bremen habe 285 000 Einwohner, Eisenbahnverbindung, Landgericht usw. Ich glaub's nicht.

Humor und Satire.

Ein freundlicher Vorschlag an Bülow.

Um die fünfshundert Millionen Steuer Steuern zu erheben, Würde sich's entscheiden lohnen; Man besteu're alles eben. Man besteu're, was für Hände, Haare und Gesicht gebraucht wird, Alle Säubrungegegenstände, Was gegurgelt und geschaut wird. Man besteu're Seifen, Schwämme, Was für Haut und Hals verwendlich, Bürsten, Binden, Rege, Kämme Und — das Wasser selbstverständlich. Alles — ob auch's Volk drob schwach wird, Nur doch es den Dalles weit macht! — Von der Zeit an, wo man was wird, Bis zur Zeit, wo man ins Welt macht. Und daß alles man heranzieht, Nehm' man, was so seinen Lauf geht: Die Toilette, die man anzieht, Die Toilette, wo man drauf geht. (Lustige Blätter*)

Notizen.

Ein Maler ohne Arme. Die große Gemäldeausstellung in der Londoner Akademie zeigt in diesem Jahre unter anderem auch ein ausgezeichnet gemaltes Bild eines Künstlers, der ohne Arme arbeitet. Vertram Giles — so heißt der Maler — verlor bei einem Sturzfall als achnjähriger Knabe beide Arme. Aber der Knabe hatte bereits Zeichen eines außerordentlichen Talentes abgelegt; das Kind wollte seine Liebhaberei nicht aufgeben und mit heldenhafter Geduld erlernte er es, mit dem Meißel zwischen den Fingern zu zeichnen. Nach zwei Jahren hatte Giles die Altersgenossen überholt, gewann als Neunjähriger einen von der Kunstschule in Bristol ausgegebenen Preis und bald darauf einen zweiten Preis von 2000 M., der dem angehenden Künstler dazu diente, in Paris seine Studien fortzusetzen. Ein Greco-Museum. In Toledo wurde ein Museum eröffnet, das ausschließlich den Werken des Malers Greco gewidmet ist. (Der Revisionist unter den Kunstkritikern, Herr Meier-Graefe, hat kürzlich die Entdeckung gemacht, daß nicht Velasquez die Höhe spanischer Malerei bedeutet, sondern Greco.) Krebsbehandlung mit Radium. Zwei Londoner Chikanthropen stellten 7,5 Gramm Radium im Werte von 600 000 M. für die Behandlung von Krebskranken zur Verfügung.

Wichtigen Abschreiben. (Sehr gut! und stürmische Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir beneiden Sie nicht um Ihre positiven Leistungen. (Stürmische Zustimmung links.) Nicht der dritte Teil der Mehrheit kennt die Materie, die sie geschickt zu regeln sich ansetzt. (Lachen rechts. Man hört Rufe wie: „Unerschrocken!“ „Unerschrocken!“) Man kann dazu nur sagen: „Herr vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Vizepräsident Baasche bittet das Haus und die einzelnen Redner um Mäßigung.

Abg. Cuno (fr. Sp.) weist unter dem Tönen der Mehrheit nach, daß die Vorschläge der Kommission und die neuen Änderungsanträge geradezu sinnlose Auslassungsfehler aufweisen!

Abg. Dr. Röske (L.): Die positiven Leistungen der Linken haben darin bestanden, daß sie sieben Monate unstätig der Kommissionsarbeit zusah. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.) Indem die Mehrheit das Werk der Mehrheit herabsetzt, verstoßt sie gegen die Grundausfassung des Parlamentarismus, gegen das Mehrheitsprinzip. (Schallende, minutenlange Heiterkeit links.)

Abg. Cuno (fr. Sp.) beantragt Zurückverweisung an die Kommission. (Lachen rechts.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 4 wird angenommen, desgleichen § 5 und § 6.

Bei

§ 7

besfürwortet

Graf Westarp (L.) einen Antrag, Ueberlassungsverträge zwischen Eltern und Kindern, sofern dadurch land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich benutzte Grundstücke zur Fortsetzung dieser Nutzung übertragen werden, von der Steuer frei zu lassen.

Abg. Cuno (fr. Sp.): Auch bei dieser „Beststeuer“ wollen Sie also wieder den „Best“ schonen!

Abg. Graf Westarp (L.): Der Uebergang des Besitzes von den Eltern auf die Kinder darf doch nicht von der Wertzuwachssteuer getroffen werden, sondern von der Erbschaftsteuer! (Schallende Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Sadekmann (Soz.): Die Herren, welche diesen Anträgen zustimmen, lehnen ja gerade die Erbschaftsteuer ab! Weiter wollen Sie auch in diesem Gesetz die länderlichen Grundstücke erheblich bevorzugen. Für unsere Agrarier ist eben ein Gesetz nur annehmbar, wenn für sie irgendein Vorteil herauspringt. Mit großer Virtuosität ist das auch in diesem Gesetz hineingebracht. (Sehr richtig! links.) Damit schließt die Diskussion; § 7 wird mit dem Antrag Westarp angenommen.

§ 7a enthält die

Befreiungen von der Steuer, u. a. für die Kirchen.

Abg. Cuno (fr. Sp.): Warum Kirchen, welche Grundstücke mit großem Gewinn verkaufen, von der Steuer freibleiben sollen, ist absolut nicht einzusehen.

Abg. Graf Westarp (L.): Der Zweck der Kirche rechtfertigt ihre Befreiung von der Steuer. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.)

§ 7a wird angenommen.

§ 8

macht die Veräußerer solidarisch für die Steuersumme haftbar.

Abg. Cuno (fr. Sp.): Dieser Paragraph kennzeichnet recht deutlich das Wort des Abg. Röske in der Kommission: „Wir wollen etwas zustande bringen, wie, ist uns ganz egal.“ (Stürmische Heiterkeit links.) Wenn jemand bei der Veräußerung eines Grundstückes einen Gewinn von 20 000 M. gemacht hat und nun auf die folgenden Verkäufe auch nicht mehr den allgeringsten Einfluß hat, soll er auch später noch, unter Umständen für 25 000 M. Wertzuwachssteuer haften! (Große Heiterkeit links.)

§ 8 wird angenommen; die übrigen Paragraphen des Artikels III, der die Ueberschrift erhält „Wertzuwachssteuer“ werden debattelos angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.

Zweite Lesung des Erbschaftsteuergesetzes.
Schluß 1/3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung. Mittwoch, den 23. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Niemand!

Präsident v. Schröder eröffnet die Sitzung.

Ein Antrag Graf v. d. Recke (L.) verlangt Heranziehung der Stadt- und Landgemeinden mit ihrem Einkommen aus den im eigenen Besitz belegenen Grundbesitz zu den Kreisabgaben. Die Gemeindefinanzkommission beantragt, die Regierung zu ersuchen, durch eine Gesetzesvorlage die Benachteiligungen zu beseitigen, die sich aus dem Prinzip der Kontingentierung im Kreisabgabengesetz ergeben haben.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen wird in dritter Beratung angenommen.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über das Ersuchen des Untersuchungskommissars bei der Regierung in Breslau um Erteilung einer Abschrift bezw. Uebersendung einer Petition des Polizeisekretärs Arndt-Breslau. Die Petition datiert vom Oktober 1908 und bezieht sich auf die Anrechnung der Eisenbahndienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und ersucht um Einstellung des Disziplinarverfahrens. Die Geschäftsordnungskommission ist zu dem Beschluß gekommen, daß gegen die Herausgabe der Petition keine Bedenken bestehen!

Die Sozialdemokraten beantragen, die Herausgabe zu verweigern.

Abg. Traeger (fr. Sp.): Ich habe dem Kommissionsantrag zugestimmt, möchte aber nicht, daß aus diesem Falle ein Präzedenzfall geschaffen wird. Das Petitionsrecht muß gewahrt werden, und das Haus muß von Fall zu Fall entscheiden können, ob es eine Petition herausgeben will oder nicht.

Abg. Leinert (Soz.):

Es handelt sich hier um den Versuch einer Behörde, staatsbürgerliche Rechte zu beschränken. Dem müssen wir entgegenreten und jeden Versuch, der dahin führt, solche Rechte zu erschüttern, bekämpfen. In der Kommission ist die Frage, ob die Petition herausgegeben werden soll oder nicht, eingehend erörtert worden. Es handelt sich hier nicht um das Ersuchen einer Behörde an eine andere Behörde. Das Abgeordnetenhaus ist keine Behörde, oder die Frage ist wenigstens noch zweifelhaft. In allen zweifelhaften Fällen aber tut man besser, wenn man Rechte befreit, auf diesen Rechten zu bestehen, als sie ohne weiteres aus der Hand zu geben. (Sehr richtig! links.) Das Petitionsrecht darf nach keiner Richtung hin gestrichelt werden. Das würde aber geschehen, wenn wir die Petition herausgeben. Das Petitionsrecht der Beamten ist ohnehin schon durch die oberen Behörden ganz wesentlich eingeschränkt. Die Beamten dürfen keine Kollektivbesagen an die Parlamente machen. Wenn schon eine solche Verkümmern eines wichtigen Rechts vorliegt, dann dürfen wir der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. (Sehr richtig! links.) Wir würden das Petitionsrecht der Beamten überhaupt preisgeben, und wir würden das Vertrauen verlieren, das ein Parlament besitzen muß. Die Berechtigung, die Herausgabe der Petition zu verweigern, hat niemand bisher bestreiten können. Ich glaube, das Abgeordnetenhaus würde sich seiner Würde mehr bewußt sein, wenn es ruhig Zwangsmaßnahmen, die der Untersuchungskommissar in Breslau in Händen zu haben glaubt, gegen sich ergehen lassen würde. Außerdem liegt die Sache in diesem prinzipiellen Falle doch so, daß die Disziplinaruntersuchung gegen den Mann eingeleitet werden soll auf Grund der Mitteilungen, die er in der Petition gemacht hat. Der Mann hat sich an und gewandt, um Schuß gegen vermeintliche Unbill zu finden. Es verletzt unser Rechtsgefühl, wenn wir diesen Mann, der schubhuldig zu uns gekommen ist, seinen Verfolger aus-

liefern. Das machen wir nicht mit. Wir wissen auch gar nicht, zu welchem Zweck der Untersuchungskommissar die Petition eigentlich haben will, wenigstens hat er es uns nicht gesagt. Gehen wir uns vor dem ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn, wir wissen sonst nicht, wohin wir kommen.

Abg. v. Brandenstein (L.): Das Strafgesetzbuch schreibt vor: Wer einen Gegenstand, der für eine Untersuchung von Verbrechen in Betrachtung kommt, ist verpflichtet, diesen herauszugeben. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die das Abgeordnetenhaus von dieser allgemeinen Verpflichtung entbindet.

Abg. Dr. Wagner (fr.): So klar, wie der Vorredner es hingestellt, liegt die Frage nicht. Sie ist im Gegenteil durchaus strittig. Man muß alles vermeiden, was das Ansehen des Parlaments herabdrücken könnte, und das kommt doch hier in Frage. Darum bitte ich um Ablehnung des Antrages der Kommission.

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wird angenommen.

Es folgt die

Beratung des Antrages der Abg. Vorgmann (Soz.) und

Traeger (fr. Sp.)

auf Abänderung des Artikels 84 der Verfassung (Unterbrechung des Strafvollzuges bei der Wahl zum Abgeordneten).

Die Kommission beantragt, die Anträge abzulehnen.

Abg. Koeren (L.): Unsere Fraktion hat stets den Standpunkt eingenommen, daß die Ausübung des Mandats durch den Strafvollzug nicht verhindert werden soll. Daher stimmen wir für die Anträge.

Abg. Belsky (natl.): Wird ein Abgeordneter bestraft, nachdem er gewählt ist, so sind wir gar nicht in der Lage, zu prüfen, ob nach dieser Bestrafung die Wähler noch den Bestraften haben wollen. Es ist dann Sache des Bestraften, sein Mandat niederzulegen und die Wähler zu fragen, ob sie ihn noch weiter haben wollen. Änderungen der Verfassung sollten nur aus den allerdringendsten Gründen vorgenommen werden. Daß hier eine dringende Veranlassung vorliegt, können wir nicht anerkennen und werden daher dagegen stimmen.

Abg. Hierck (fr.): Auch wir sehen nicht ein, daß ein Anlaß vorliegt, die Verfassung zu ändern, und stimmen dem Kommissionsantrage zu.

Abg. Traeger (fr. Sp.) besfürwortet kurz den Antrag, bleibt aber auf der Tribüne unerschrocken.

Abg. Liebkecht (Soz.):

Wir würden kein Wort in dieser Angelegenheit verlieren, wenn es sich dabei nur um eine persönliche Sache der in dieses Haus gewählten Sozialdemokraten handelte. Wir sind grundsätzlich gegen die Privilegien. Es handelt sich für uns darum, daß der Landtag als eine gesetzgebende Körperschaft im Interesse der gesamten Bevölkerung, von der er — in Preußen allerdings mit einer gewissen erheblichen Einschränkung — gewählt worden ist, auch vollständig verfassungsmäßig ist. Ich sehe daher dieser Angelegenheit, obwohl sie in gewissem Sinne mit dem Titel meines Namens versehen ist, vollkommen unpersönlich gegenüber. In allen Ländern, die man gewohnt ist als Kulturländer zu bezeichnen — wenn man von Deutschland als einem Kulturlande spricht, pflegt man mit Recht etwas mit den Augen zu zwinkern (Heiterkeit) —, ist bereits der Brauch vorhanden, der unserm Antrage entspricht. Das Material, das mein Freund Hierck, der jetzt verlassene Landtagsabgeordnete, aus dem Auslande vorgebracht hat, ist vollkommen beweiskräftig. Die frühere Behauptung ist auch nicht wiederholt worden, daß Preußen sich dadurch in einem Wesentlichen zu dem gesamten Auslande befindet. Die juristischen Einwendungen gegenüber unserm Antrage und dem Antrage Traeger sind durchaus unhaltbar. Es ist ein etwas absonderlicher Einwand gegenüber unserm Antrage gemacht worden. Es ist gesagt worden: was hier verlangt werde, sei ein Ausschub der Strafvollstreckung; diese sei Sache der Begnadigung, insoweit diese hier in die Begnadigung eingegriffen! — Zunächst trifft das nicht zu. Wer in der praktischen Jurisprudenz steht, der weiß genau, daß die Strafvollstreckung ein Akt der Justizverwaltungsbehörde ist. Wer ist als Anwalt noch nicht in die Lage gekommen, beim Staatsanwalt Anträge zu stellen, die Strafvollstreckung auf einige Zeit auszuweichen? Wie häufig geschieht das durch ein einziges Wort, das man mit dem Staatsanwalt spricht. Solche Fälle wird kein Mensch unter die Begnadigungen rechnen. Ich gebe gern zu, es läßt sich der Strafausschub auch als Begnadigung konstruieren. Die Begnadigung kann sich auf alles erstrecken, auch auf jeden Teil der Strafvollstreckung, und kann unstrittig auch im Sinne einer Befreiung ausgeübt werden. Es handelt sich aber darum, ob jede Strafaussetzung als solche als ein Akt der Begnadigung zu betrachten ist. Davon kann keine Rede sein. Genau so gut, wie wir in der Lage sind, Strafgesetzbuchparagraphen anzunehmen und damit die Möglichkeit, in Fällen derartiger Delikte das Begnadigungsrecht auszuüben, dem Monarchen nehmen, genau so gut ist es möglich, daß durch eine Bestimmung in bezug auf die Strafvollstreckung Maßregeln ergriffen werden, die der Möglichkeit vorbeugen, daß der Monarch in der Beziehung von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen, Veranlassung hat. Man kann darüber gar nicht diskutieren. Es ist eine juristisch ganz klare Frage.

Eine andere Frage ist es nun, und zwar eine Frage, die zweifellos ein größeres Gewicht besitzt: ob etwa in die Kompetenz der Reichsgesetzgebung eingegriffen wird. In bezug hierauf — das gebe ich gern zu — kann man verschiedene Meinungen sein. Ich sehe auf dem Standpunkt, den der Referent in der Kommission eingenommen hat. Ich will diesen Standpunkt nicht des näheren auseinandersetzen, aber nehmen wir selbst an, wir kollidieren mit der Reichsverfassung. Bedenke denn das, daß wir nunmehr stillzuhalten hätten, bis etwa von Seiten des Reiches Hilfe kommt? Davon kann keine Rede sein. Es muß möglich sein, daß in solchen Fällen, wo es das Interesse des einzelnen Staates verlangt, daß eine Abänderung des Reichsgesetzes stattfindet, nun auch von den Einzelstaaten die Initiative ergriffen wird. Wir werden heute vielleicht noch zu verhandeln haben eine Petition, in der ein Eingriff Preußens in die Reichsverfassung verlangt, zum mindesten die Regierung ersucht wird, für ein abgeändertes Reichstagswahlrecht zu sorgen. Ganz im allgemeinen wird man diesem Hause nicht den Vorwurf machen können, daß es sich immer gar zu angänglich an die Kompetenzen gebunden und nicht gelegentlich eine Exkursion auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung unternommen hätte. Im Gegenteil, die Herren halten das traditionell für ihr gutes Recht. Wie aber die Rechtslage sein mag, so ist das preussische Gesetz, wenn es mit dem Reichsgesetz kollidiert, dem Reich gegenüber sowieso nicht bindend. Wenn das Gesetz in Preußen angenommen wird, so wird versucht werden müssen, im Reich diese Auffassung der Rechtslage durchzudrücken. Das ist die Methode, die anwendbar und durchaus einwandfrei ist. Im übrigen darf ich wohl nicht mit Unrecht die vorgetragenen juristischen Bedenken nur als Stoffage betrachten, die nur eine Aulisse sind, während es sich in Wahrheit um die Abneigung der Herren gegenüber der politischen Wirkung des Antrages handelt. Es sind ja doch maßgebende Gründe — wir wollen uns doch kein A für ein U vornehmen lassen —, die die Stellungnahme der Herren in der Kommission veranlaßt haben.

Dann möchte ich noch auf ein Hinweis: Ein Eingriff in die Strafvollstreckung ist meines Erachtens viel gefährlicher als ein Eingriff in die Strafvollstreckung. Bei dem ersteren besteht die große Gefahr der Verdunkelung des Tatbestandes, die Gefahr der Verjährung usw. All das trifft bei einer Aufhebung der Strafvollstreckung nicht zu. Die Strafvollstreckung ist immerhin unter Garantie des bis zu einem gewissen Grade unabhängigen Richterstandes gestellt, die Strafvollstreckung unterliegt keinerlei Garantie. Man ist dabei durchaus der Willkür der Verwaltungsbehörde ausgesetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Staatsanwaltschaft hat es in der Hand, ohne daß es besonders auffällt, gegenüber mißliebigen Abgeordneten die Strafvollstreckung auf-

einige Monate hinauszuschieben und sie dann einzusperrern. Wenn das hohe Haus zusammentritt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es kann ja kommen, daß die Verfolgungen in Preußen auch einmal zahlreicher werden und sogar die preussischen Gefängnisse zur Unterbringung aller politischen Sträflinge nicht ausreichen. (Heiterkeit.) Ähnlich wie jetzt in Rußland.

Man hat weiter gemeint, daß eine Nachprüfung zulässig ist. Tatsächlich aber liegen doch die Urteile und die Akten vor, und es wird leicht sein, im Einzelfalle zu entscheiden, ob der Betreffende vom hohen Hause als würdig zu betrachten ist. Man hat gesagt, es können ja auch schließlich Totschläger und politische Verbrecher bei Annahme unseres Antrages in das hohe Haus eintreten. Der betreffende Redner hat

die politischen Verbrecher noch unter die Totschläger gestellt,

als eine noch niedrigere Kategorie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf die Würdigkeit der politischen Verbrecher lassen wir uns in keine Diskussion ein; darüber haben wir unsere eigene Ansicht, und wir sind stolz darauf, zur Rechten dieses Hauses dabei den striktesten Gegensatz zu bilden. Es handelt sich hier in der Tat um eine sehr wichtige Verfassungsänderung. Es sind die besten Traditionen der Parlamentarismus, die Traditionen der ältesten und bemährtesten parlamentarischen Staaten, die zu befolgen wir Ihnen anraten. Wir erleben hier heute zum zweiten Male ein sonderbares Schauspiel: ein Parlament, das nicht einmal den Wunsch hat, seine eigenen Rechte zu erweitern und das noch stolz darauf ist, kein Bedürfnis zur Erweiterung seiner bisherigen Rechte zu haben. Ich glaube, das kommt, außer im preussischen Abgeordnetenhaus, höchstens noch im deutschen Reichstag vor, der gegenwärtig ja als ein faktisches Parlament bezeichnet werden kann. (Heiterkeit.)

Bestimmend für Ihre Verhalten unserem Antrage gegenüber sind offenbar zwei Gründe, die sehr charakteristisch sind für das hohe Haus. Einmal die Tatsache, daß die Herren von den maßgebenden Parteien gegenwärtig kaum in die Lage kommen werden, Objekt der Strafgesetzgebung zu sein. Sie fühlen sich durchaus als Subjekte und überlassen es uns, die Objekte zu sein. Und weiter: Sobald sich einmal die Gesetzeslage so gestaltet, daß auch die Herren der in Preußen herrschenden Partei in die Gefahr kommen, mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen — ich erinnere an den Erpressungsparagraphen aus sozialpolitischen Gründen, an das Vereingeseh, an den Segementerlach —, so sind sie sofort auf das prompteste bereit, die Gesetzgebung zu ändern. Wenn die Herren auch einmal anstehen können, wird sofort ein Rißter vorgelegt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber bei der Strafvollstreckung liegt es doch etwas anders. Ich erinnere an das Duell, wegen dessen die Herren ja häufig bestraft zu werden pflegen. Allerdings gar zu große Angst brauchen die Herren davor nicht zu haben, denn sie werden bald genug begnadigt. Nicht nur die Justiz und die Gesetzgebung, sondern auch die Strafvollstreckung pflegt in der Tat vor Ihnen Halt zu machen, und deshalb haben Sie gar kein Gefühl dafür, wie es den Objekten der Gesetzgebung geht. Das Wesentlichste aber, das für Ihre Verhalten maßgebend ist, dürfte sein, daß die Herren sich überhaupt gar nicht als Parlament fühlen, sie haben gar kein Interesse an der Erweiterung des Parlaments. In wirklich parlamentarischen Ländern ist auch die Verwaltung unter das Parlament gestellt. In Preußen aber ist es umgekehrt: hier ist das Parlament nichts als ein Ausschub der Verwaltungsbehörden!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja ein ungemein großer Teil der Herren, die die Verwaltung des preussischen Staates repräsentieren, auch hier als Abgeordnete vertreten. Weil Sie sich also nicht als Parlament, sondern als Kruppe der Verwaltung fühlen, ist Ihre Hauptbestreben, unter keinen Umständen die Rechte der Verwaltung einzuschränken. Sie machen vielmehr mit Argusaugen über die Rechte der Verwaltung gegenüber den Rechten des Parlaments.

Wir rechnen damit, daß Sie unseren Antrag ablehnen werden. Aber bedenken Sie: es war in Preußen auch schon einmal anders. Damals hatten die Herren, die jetzt auf der Rechten stehen, unter Strafverfolgungen zu leiden. Wenn sich das Blättchen einmal wieder wendet — und das geschieht immer im Laufe der Geschichte —, dann werden wir nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, im Gegenteil, wenn wir es in der Hand hätten, wir würden Gnade üben. (Heiterkeit.) Aber es empfiehlt sich für Sie die Ueberlegung, ob Sie nicht in einer kurzfristigen Augenblicksstimmung handeln, wenn Sie, posend auf Ihre Majoritätsstellung, auf Ihre unbestrittene Herrschaftstellung in Preußen, unsern Antrag ablehnen. Wir hoffen darauf, daß diese Herrschaft bald gedrohen sein wird und daß in Preußen bald ein Parlament geschaffen wird, das sich wirklich als Parlament fühlt und die Rechte des Volkes verteidigt, die augenblicklich ausschließlich durch die sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten werden. (Lachen rechts, Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie vertreten die Polizei, die Bureaucratie, das Militär, die sämtlichen Gewaltfaktoren Preußens. Sie vertreten nicht das Volk, selbst nicht, soweit es für Sie stimmt, denn das tut es nur unter Ihrem unerbittlichen Terrorismus (Lachen rechts), der den der Sozialdemokraten um das Tausendfache übersteigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Brandenstein (L.): Da die Bemerkungen des Vorredners uns zur Erwidrerung keinen Anlaß geben (Lachen bei den Sozialdemokraten), beschränke ich mich auf die Erklärung, daß wir gegen die Anträge stimmen.

Der Kommissionsantrag auf Ablehnung der Anträge wird hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge Hierck (Soz.) und

Schmedding (L.) betreffend

die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Der Antrag der Gemeindefinanzkommission, die Regierung zu ersuchen, halbmöglichst einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach nicht jede auf Grund preussischer Gesetze gewährte Unterstützung eine Einwirkung auf öffentliche Rechte hat, wird debattelos angenommen.

Bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Gesetze betreffend die

Bewilligung von Staatshilfen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für Arbeiter in staatlichen Betrieben und für gering besoldete Staatsbeamte

Abg. Rosenow (fr. Sp.), daß nach Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nicht mehr ein so dringendes Bedürfnis vorliege, staatliche Mittel in derselben Höhe für den Bauminerwohnungsbau aufzuwenden! — Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Eine Petition des Vereins Wittener Haus- und Grundbesitzer um Deckung der durch die Koburdeffusion in Witten-Kamen im Jahre 1908 hervorgerufenen Schäden aus Staatsmitteln beantragt die Kommission der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ueber eine weitere Petition eines ober-schlesischen Wahlkomitees der Zentrumspartei um Gestattung des Gebrauchs der nichtdeutschen Sprache bei öffentlichen Versammlungen im Landkreis Ratibor beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Stank (L.) besfürwortet einen Antrag, die Petition zur Veräußerung zu überweisen. Ihm sei es unmöglich gewesen, in öffentlichen Versammlungen von seinen Wählern Wünsche entgegenzunehmen, weil der Gebrauch der polnischen Sprache entgegen dem Gesetz verboten werde! (Hört! hört! im Zentrum.)

Abg. Weidner (L.) spricht für den Antrag der Kommission.

Ein Regierungskommissar besfürwortet, daß in Oberschlesien ein wirkliches Bedürfnis für die Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen vorliege.

Abg. Leinert (Soz.):

Es handelt sich hier um eine Vergewaltigung der nicht deutsch-

Die Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen sind dort vollständig gegeben, denn es sind 60 Prozent Deutschsprechende unter der Bevölkerung vorhanden. Im Reichstage ist diese Petition ebenfalls verhandelt worden, und der Reichstag hat sie der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. (Hört! hört!) Jetzt wird die Frage, ob die 60 Prozent vorliegen oder nicht, nicht, durch die Landesbehörde entschieden. Wenn wir aber angesichts solcher im klaren Widerspruch zu dem Gesetze stehenden Tatsachen über die Petition zur Tagesordnung übergehen, so heißt das, das Gesetz den Verwaltungsbehörden ausliefern. Daher werden wir für die Ueberweisung zur Berücksichtigung stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Stempelsteuervorlage, Berggesetz, Initiativanträge, Petitionen.) Schluß 4 Uhr.

Aus der Partei.

In Geldsachen der „S. M.“

Genosse Vebel schreibt:

Nachdem der Genosse Dpifzigus in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ seine Erklärung veröffentlicht, sehe ich mich veranlaßt, in dieser Angelegenheit nochmals das Wort zu ergreifen.

Ich konstatiere, daß durch die Erklärung des Genossen Dpifzigus meine Angaben vollständig bestätigt worden sind.

Ich konstatiere weiter, daß danach die Angaben der Genossin Mundt in ihrem Brief an mich, den sie in der Nummer 100 des „Vorwärts“ veröffentlichte, sich von Anfang bis zu Ende als grobe Unwahrheit herausstellen. Die Genossin Mundt hat dadurch nicht nur mich, sondern die gesamte Partei belogen, die durch den auf ihr Verlangen erfolgten Abdruck ihres Briefes in der Parteipresse Kenntnis von ihrer Erklärung erlangte.

In dieser Angelegenheit ist mir mittlerweile von unserem Frankfurter Parteisekretär, dem Genossen Dittmann, ein Brief zugegangen, der die Erklärung des Genossen Dpifzigus und meine in bemerkenswerter Weise ergänzt. Dittmann schreibt:

„H. Mundt war 1905 auch bei dem Genossen Alfons Wolf, der stark revisionistisch gesinnt ist. Wolf hatte keine Lust, mit H. Mundt allein über die „Monatshefte“ zu reden, und veranlaßte daher die in seiner Nachbarschaft wohnenden Genossen Hans Elbert und Werno Schmidt, ihnen Gesellschaft zu leisten. Elbert und Schmidt sind mit Wolf persönlich befreundet, teilen aber keine revisionistischen Ansichten.“

Diese Genossen haben sich um am betreffenden Abend in der Wohnung Wolfs bei einem Gläschen Wein bis 1 Uhr nachts mit der Dame unterhalten. H. Mundt teilte mit, daß sie sich auf einer Tour durch verschiedene deutsche Städte befinde, um Geld für die „S. M.“ aufzutreiben. Sie bat den Genossen Wolf, ihr Namen und Adresse solcher Frankfurter Persönlichkeiten namhaft zu machen, die für die „S. M.“ Gelder hergeben würden.

Wolf, der die Dame von einer früheren Gelegenheit her kannte, hat ihr dann eine Reihe von Namen genannt, die sie sich notierte, u. a. Hallgarten, Stadtrat Dr. Fleck, Funk (der zu jener Zeit freisinniger Landtagsabgeordneter war. A. W.), Kerton, Pfungst usw.

Im Laufe des Gesprächs entschloß sich H. Mundt diese charakteristische Bemerkung:

„Ich werde den Leuten sagen, daß sie doch das allerliebste Interesse an der Erhaltung der „Monatshefte“ hätten und deshalb doch auch Mittel für sie hergeben könnten.“ (11)

Elbert und Schmidt haben es aus Höflichkeit gegen die Dame und aus Freundschaft zu Wolf unterlassen, sofort zu sagen, was hätte gesagt werden müssen. Dieselben sind aber der Einladung, am anderen Abend nochmals mit H. Mundt in einem Restaurant zusammenzutreffen, nicht gefolgt. Wolf, der hingegangen ist, hat dann später an Elbert berichtet, H. Mundt hätte gesagt, daß sie wenig Erfolg bei ihrer Weitelei gehabt hätte.“

Man ersieht aus all den Mitteilungen, was die Behauptung bedeutet, die „S. M.“ hätten nie Geld aus bürgerlichen Händen erhalten. Die Genossin Mundt unternahm sogar eine zweite Reise nach Frankfurt, um noch das Geld, das man bürgerlicherseits dem Genossen Dpifzigus für die „S. M.“ zugesagt hatte, in Empfang zu nehmen. Dieser hatte sich aber mittlerweile eines Besseren besonnen und verzögerte, sicher zum großen Leidwesen der „S. M.“, die Herausgabe desselben.

Jetzt entsteht aber die Frage: Wer hat die Genossin Mundt zu ihren Sammelreisen beauftragt bzw. sich mit derselben einverstanden erklärt? Doch offenbar der Verleger der „Monatshefte“, der Genosse Dr. Bloch. Dieser hat bis jetzt in dieser Angelegenheit geschwiegen, obgleich ihn nach meiner Auffassung die Hauptschuld trifft. Er wäre auch verpflichtet gewesen, die Genossin Mundt davon abzuhalten, den sie kompromittierenden Brief an mich zu schreiben, den sie nicht ohne seine Kenntnis geschrieben haben dürfte.

Mein Wunsch ist, daß der Parteivorstand in dieser Sache eine Untersuchung veranstaltet und das Resultat derselben der Partei bis spätestens zum nächsten Parteitage mitteilt. So viel Aufklärung auch erfolgt ist, manches ist noch dunkel in dieser Sache.

Das Organisationsstatut.

Die Aenderung des Organisationsstatuts der Partei, wie sie von der in Nürnberg eingesetzten Kommission vorgeschlagen worden ist, beschäftigte am Montag eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Lübeck. Die Debatte war sehr lebhaft. Eine ganze Reihe von Aenderungsanträgen gelangte zur Annahme. So wurde beschlossen, im ersten Satz des § 4 zu sagen: „Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, haben diesen nach Möglichkeit eine Vertretung im Vorstand zu gewähren“, anstatt daß diese Vertretung bestimmt gewährt werden muß. Gestrichen wurde der letzte Satz der Ziffer 1 des § 7, der lautet: „Wo mehrere (Parteitags-) Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein“. Ferner wurde die Bestimmung gestrichen, daß Mitglieder der Reichstagsfraktion zur Teilnahme an Parteitagen berechtigt sind. Dem letzten Absatz des § 7 wurde angefügt, daß auch die Referenten (zum Parteitag), soweit sie nicht Delegierte sind, nur beratende Stimme auf dem Parteitag erhalten sollen. Die Ausschlußbestimmungen, die von mehreren Rednern kritisiert wurden und deren Dehnbarkeit besonders im § 23 hervorgehoben wurde, fanden die Zustimmung der großen Mehrheit der Versammlung mit der Aenderung, daß im § 23 Abs. 2 die Suspendierung von Mitgliedsrechten nur bis zur Abschluß eines Jahres ausgesprochen werden kann. Diese Aenderungen sollen dem Parteitag unterbreitet werden. — Derselbe Parteitag beschloß einstimmig, im Laufe des kommenden Winters in Lübeck in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsrat die Vortragskurse zu veranstalten.

Die russische Sozialdemokratie und das Denkerregime.

Ein Flugblatt des Woborger Rayons der sozialdemokratischen Parteiorganisation von Petersburg rechnet in flammenden Worten mit dem weichen Schreden ab. Es wird das Woborger den blugierigen Jaren charakterisiert und bewiesen, daß seit den Tagen Zwozds des Grausamen nicht mit so schrankenloser Willkür gewaltet worden ist. Der Ruf lautet:

„Im Jahre 1904 dienten als Hinrichtungshätten des russischen Volkes die Schloßfelder in der Wandschurak, im Jahre 1906 die Wäskes in den Städten, im Jahre 1908 die Strafexpeditionen im Lande. Jetzt hat sich das ganze Reich

in eine große Nichtstättigkeit verwandelt. . . Der wirksamste Protest gegen die Hinrichtungen ist der Kampf für die Niederwerfung der Regierung, der Kampf für die Rechte des Volkes. Möge das Blut der Hingerichteten unsere Kräfte vereinigen. Jeder Arbeiterverband, jeder Streik, selbst jeder ökonomische Streik, schwächt die Regierung, denn ihre Macht liegt nur in der Machtlosigkeit des Volkes.

Wir werden zum Thron nicht gehen, um Gnade zu bitten! Das Volk bittet nicht um Gnade, es erlärmt sie sich!

Soziales.

Kinderarbeit und Kinderschutz

lautele das Thema, mit dem sich die „Schweizer Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes“, am Freitag in Zürich beschäftigte. Professor Dr. Bürker führte zum Thema „Kinderarbeit“ aus: Die Arbeit des Kindes ist das Spiel. Dann folgen die Handarbeitskurse in der Schule und bald darauf, sehr oft nur zu früh, die Arbeit, die nicht mehr Spiel und Schule ist, sondern auf Erwerb ausgeht. Dadurch werden die Kinder schon im frühesten Alter der Ausbeutung ausgesetzt. Die Kinderschutzbereine sollten versuchen, dieser frühen Ausbeutung der jungen Proletarier etwas hindernd in den Weg zu treten. Anfanglich verlegten sich diese Vereinigungen hauptsächlich auf den Schutz der Kinder, die von Eltern und Vormündern auf den Straßenbettel und zum Hausieren geschickt wurden und dadurch zu einem großen Teile schon zu Verbrechern herabstiegen. Langsam machten die Bestrebungen Fortschritte, bis sie auf den heutigen Höhepunkt gelangt waren, wo sich der Kinderschutz auf das Weite ausgebreitet hat. Während ausländische Staaten das Mindestalter der Kinder für Fabrikbetriebe auf 12—13 Jahre angenommen haben, wurde in der Schweiz schon 1867 die Altersgrenze für Fabrikarbeiter auf 14 Jahre festgesetzt. Ebenso wurde der Arbeitszeit eine Grenze gesetzt. In Frankreich darf die Dauer der Beschäftigung von ganz jungen Arbeitern 10 Stunden nicht überschreiten, in Deutschland für solche unter 14 Jahren 8 Stunden, von 14—16 Jahre 10 Stunden, in der Schweiz 10 Stunden, in den übrigen Staaten variiert die Zahl zwischen 10 und 12 Stunden. Ferner bestehen in der Schweiz Vorschriften, laut welchen in Betrieben, die Kinderbeschäftigung körperlich oder gesundheitlich gefährlich sind, junge Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Die Verordnungen richten sich in der Schweiz auf Fabrikbetriebe, Heimarbeit und Landwirtschaft, während andere Staaten, Deutschland z. B., im Kinderschutzgesetz vielfach weiter gehen, aber die Landwirtschaft nicht berühren. Im Inlande bestehen besondere Schutzbestimmungen nur für Wirtschaftsbetriebe (Bewehrungs- und übriges Personal). Dann haben wir das Schulgesetz und in einzelnen Kantonen Schulvorschriften, in denen der Lehrer angehalten werden soll, darüber zu wachen, daß schulpflichtige Kinder nicht zu sehr durch schwere Arbeit angestrengt werden.

Ein Artikel zum Schutze der Kinder, die durch Erwachsene zu überangelegener Arbeit zum Schaden der Kinder angehalten werden, ist bereits im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches enthalten. Ferner wurde von einer letzten Delegiertenversammlung beschlossen, es möchte ein internationaler Komitet geschaffen werden, der dahin zu wirken hätte, für gewisse Betriebe die Nachtarbeit nur für solche im Alter von über 18 Jahren zuzulassen, für Kinder unter 14 Jahren diese aber ganz zu verbieten. Es ist dringend wünschenswert, an die Bundesbehörden eine Eingabe gelangen zu lassen, in der gebeten wird, die Gewerbeaufsicht etwas mehr auf den Kinderschutz ausdehnen.

Die wirksamste Hilfe der heranwachsenden Jugend zum Schutze vor allzufrüher Ausbeutung wäre allerdings die genügende Unterhaltung der Eltern, die auf den Verdienst ihrer Kinder angewiesen sind.

Hierauf erörterte Nationalrat Dr. Gobat das Thema „Kinderschutz“. Kinder bedürfen nicht nur in Betrieben, bei der Arbeit zu Hause, oder auf dem Lande des Schutzes, sondern sehr oft auch gegenüber den Eltern oder Vormündern, die ihre Kinder unrichtig behandeln oder sie unterernähren. Die Arbeit schadet dem Menschen nicht, dem Kinde so wenig als dem Alter. Sie hat vielmehr einen erzieherischen Wert in sich. Das beweist der Reformator der Schule Heinrich Pestalozzi, der seine Schüler auf dem Lande beschäftigte. Aber etwas anderes ist es, wenn die Kinder zu verbienbringender Arbeit angehalten werden. Dadurch werden sie der rücksichtslosen Ausbeutung preisgegeben und leiden durch die Ueberanstrengung körperlich und geistig. Die Schulprüfungen bei den Rekrutierungen weisen so schlechte Noten auf, hauptsächlich auf dem Lande, weil die Kinder schon frühestens am Morgen aufstehen müssen, um das Vieh zu besorgen usw. Die Kinder kommen dann müde zur Schule, das Gehirn ist nicht mehr arbeitsfähig genug, den ihm vorgelegten Stoff genügend zu verarbeiten und vergißt dann das Gelernte rasch wieder. Die Unterernährung der Kinder, die oft nur mit einer Tasse Kaffee mit etwas Milch abgepfiffen werden, kommt oft auch in wohlhabenderen Familien vor und ist ihre unheimlichen Folgen früh aus. Für diese Uebergriffe in das Recht des Kindes sollte in den Strafgesetzen etwas erweitertes Schutzes den Wehrlosen geboten werden. Die bereits bestehenden Bestimmungen im neuen Strafbuch reichen für eine rationelle Durchführung des Kinderschutzes bei weitem nicht aus. Ferner sollen Anstalten getroffen werden, den Kinderschutz zu organisieren. Es bestehen Tierkinderheime aller Art — soll zur Hilfe des wehrlosen Kindes nichts geschehen? Wenn die Kinderschutzbereine, die eine beständige Kontrolle über Eltern und Vormünder auszuüben haben, zu einem großen internationalen Werke verschmelzen sind, wird sich der Staat auch zu ihrer finanziellen Unterstützung herbeilassen.

Die Versammlung nahm folgende drei Resolutionen einstimmig an:

I. Die Generalversammlung erklärt ihre freudige Zustimmung zu den Beschlüssen der 5. Delegiertenversammlung, daß ein internationales Verbot der Nachtarbeit angebahnt werde, wobei die Postulate der Delegiertenversammlung als das Minimum des zu Erreichenden betrachtet werden sollen.

II. Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand: 1. An den hohen Bundesrat das Ersuchen zu stellen, in dem Gewerbegesetz oder der Gewerbeaufsicht einen weitgehenden Jugend- und Kinderschutz gegen Ueberanstrengung aufzustellen, auch mit Bezug auf die Heimarbeit.

2. Den hohen Bundesrat zu ersuchen, die Strafbestimmung des Lorenzengesetzes zum schweizerischen Strafgesetzbuch halbmöglichst zum Gesetz zu erheben.

III. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß zum Zwecke der Erlangung eines wirksamen Schutzes der Kinder gegen Ausbeutung, Mißhandlung und unverschämte Behandlung von Seiten der Eltern eine Ausgestaltung des Vormundschaftswesens in dem Sinne als notwendig erscheint, daß eine beständige Kontrolle durchgeführt werden könne.

Ein neue Arbeitslosenräumung

wird der Stadtmagistrat Nürnberg demnächst veranstalten. Die Räumungen sollen jetzt regelmäßig in gewissen Zwischenräumen, im Sommer und im Winter, vorgenommen werden, wodurch man allmählich einen klaren Ueberblick über den Arbeitsmarkt zu gewinnen hofft.

Wertzuwachssteuer und Verbrennungsofen in Lübeck.

Die Bürgererschaft in Lübeck beschloß am Montag die Einführung einer Grundbesitzsteuer nach dem gemeinen Wert sowie die Errichtung eines Krematoriums.

Aus Industrie und Handel.

Einfuhrzinsen-Resultate.

Schwächung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr, das ist das Resultat unseres Einfuhrzinsen-Unwesens. Und dieses Resultat, das der Reichstag seit August 1908 schon über 80 Millionen Mark gekostet hat, die Junker und Exporteure

schmangelnd als Ausfuhrprämie einsacken, bedeutet für das arbeitende Volk eine enorme Belastung in Gestalt von ungeheuerlich hohen Brotgetreidepreisen. Wie die „nationale“ Politik unserer Obedien und Besten ausschaut, illustriert folgende Zusammenstellung. Für die Zeit vom 1. August bis 10. Juni ergeben sich diese Ziffern (Mengen in 1000 Doppelzentnern):

	Einfuhr	Ausfuhr	Deutslands im Jahre	Minderberforgung	
	1907/08	1908/09	1907/08	1908/09	1908/09
Roggen . .	4 055	1 882	2324	8129	-7998
Weizen . .	20 849	17 062	1876	8821	-5732
Roggenmehl	21	14	514	543	-336
Weizenmehl	177	166	914	1485	-582

Der erheblichen Abnahme der Einfuhr steht eine noch stärkere Zunahme der Ausfuhr gegenüber. Insgesamt macht die Verminderung der Inlandsversorgung durch den Außenhandel in der angegebenen Zeit für Brotgetreide und Mehl rund 14 650 000 Doppelzentner aus. Unbestreitbar ist, daß diese Praxis des Außenhandels die Vrotpreise in die Höhe treibt, dem Staate Millionen an Zöllen entzieht und einer Handvoll Interessenten tausende Millionen Wuchergewinne einheimen läßt. Und das ist die Politik der konservativ-kerfalsen Mehrheit, die sich nun auch noch anschaut, dem Volke neue Steuerlasten aufzupacken, damit die Liebesgabenempfänger verschont bleiben. Wann wird des Volkes gerechter Horn diese mit den Mitteln einer Schnapphahnpolitik und des Mißbrauchs der Religion arbeitende Plünderergesellschaft fortsetzen?

Deutschlands Außenhandel.

Die gesamte Einfuhr im Mai dieses Jahres stellt sich auf 52,51 Millionen Doppelzentner gegen 54,95 Millionen Doppelzentner im Vorjahre; die Ausfuhr erlitt eine Abnahme von 40,20 Millionen Doppelzentner auf 38,09 Millionen Doppelzentner. Die Gesamteinfuhr betrug seit Jahresbeginn 22 460 057 Tonnen gegen 23 177 852 im Vorjahre, ferner 574 518 Stück gegen 638 663. Die Abnahme beträgt über 700 000 Tonnen und verteilt sich auf zwölf Tarifabschnitte. Die größten Verluste entfallen auf Dremstoffe, Eisenlegierungen, Erzeugnisse des Ackerbaues, Erze, Gemische usw. Erzeugnisse, namentlich die künstlichen Düngemittel, Grundstoffe, Säuren usw., Spinnstoffe und Waren daraus gelangten in größeren Mengen zur Einfuhr als im Vorjahre. Die Gesamtausfuhr seit Jahresanfang betrug 18 167 238 gegen 18 129 904 Tonnen im Vorjahre, ferner 134 272 gegen 169 050 Stück, hob sich also wenig. 8 von 19 Tarifabschnitten zeigen erhöhte Ausfuhrziffern, namentlich Gemische Erzeugnisse in allen 7 Unterabschnitten, Erzeugnisse der Landwirtschaft usw., die Metalle und Waren daraus. Der Abfall von mineralischen und fossilen Rohstoffen, namentlich von Erzen, von Tonwaren, Glas und Glaswaren, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen, ließ mehr nach als der von Waren anderer Abschnitte.

Starke Abnahme der Milchzufuhr. Die Einfuhr von Milch nach Deutschland hat im laufenden Jahre einen ganz erheblichen Rückgang erfahren. Es wurden in den ersten vier Monaten insgesamt nur 128 708 Doppelzentner eingeführt gegen 183 208 Doppelzentner in der nämlichen Zeit des Vorjahres. Die Abnahme stellt sich demnach bereits in den ersten vier Monaten auf 54 508 Doppelzentner oder auf 30 Prozent. — Auch ein Beweis vom wachsenden Wohlstand des Volkes und von der Hebung seiner Lebenshaltung. Wenn es nach der Junker Wünsche ginge, würde der Import von Milch durch einen hohen Einfuhrzoll ganz unterbunden, damit die Agrarier die Milch- und Wutterpreise denen für Brotgetreide anpassen könnten.

Zuckererbsen. Nach Angaben von 57 deutschen Zuckerfabriken dienten im laufenden Jahre 455 237 Hektar der Rübenkultur, gegen 434 888 Hektar im Vorjahre. Nur zweimal seit zehn Jahren ist die diesjährige Anbaufläche noch übertraffen worden: im Jahre 1905/06 mit 471 742 Hektar und 1901/02 mit 478 749 Hektar.

Ster Entschuldigung, dort Sabelhiebe.

Aus dem Stahlwerksverband war für die schlechte Lage der Eisenwerke mangelhafter Auftrag von Seiten der Staatsbahnen verantwortlich gemacht worden. Das hat „oben“ das Bedürfnis ausgelöst, sich von dem Verdacht strafwürdiger Rücksichtslosigkeit zu reinigen. Durch die „Berliner Korrespondenz“ läßt man folgende Entschuldigungsbriefe los:

„Die Mittermeldungen besagen, hat der Vorstand des Stahlwerksverbandes in seiner Hauptversammlung vom 25. Mai dieses Jahres die Verbandsmitglieder davon in Kenntnis gesetzt, daß in schwerem Oberbaumaterialien von allen deutschen Bahnwahlungen Abstriche und Einschränkungen bei der Bedarfsaufstellung der Staatsbahnen vorgenommen worden seien, so daß wieder mit ganz erheblichen Minderbestellungen gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden müsse. Das trifft für die preussisch-berlische Staatsbahnenverwaltung insofern nicht zu, als für den Etat für 1910, der für die letzte Bedarfsanmeldung allein in Frage kommt, Abstriche und Einschränkungen an dem durch den Verschleiß bedingten Gleisumbau nicht in Aussicht genommen sind.

Ebensoviele ist daran gedacht, die Bauartigkeit irgendwie einzuschränken. Im Gegenteil wird auf deren Verstärkung fortgesetzt hingewirkt, wobei allerdings nicht außer Betracht bleiben kann, daß jetzt — nach Fertigstellung des größten Teils der geplanten zweiten Gleise — die Verstärkung der Bauartigkeit auf den Bedarf an Oberbaumaterialien von geringerem Einfluß ist. Wenn gleichwohl die jetzt dem Stahlwerksverbande — in gewohnter Weise zunächst unverbindlich — gemachte Bedarfsmitteilung für das Etatsjahr 1910 einen Minderbedarf gegen 1909 ergibt, so liegt die Ursache des Minderbedarfes vornehmlich darin, daß die beschleunigte Verlegung von schwerem Oberbau auf den großen Durchgangslinien, für die in den letzten 7 Jahren planmäßig zusammen 90 Millionen Mark extraordinär zur Verfügung gestellt worden sind, mit dem laufenden Jahre ihr Ende erreicht. Infolge dieser Aufwendungen und der erheblichen Aufwendungen aus dem Ordinarium ist nunmehr der größere Teil der Hauptbahnen der Hauptbahnen mit schwerem Oberbau versehen, so daß das gemündliche Erneuerungsbedürfnis, für das sonst die Mittel des Ordinariums heranzuziehen wären, von selbst geringer geworden ist. Die vor 7 Jahren in Ausführung genommene Abnahme des beschleunigten Gleisumbaus wirkt also jetzt in doppelter Weise vermindern auf den Materialbedarf der preussischen Staatsbahnenverwaltung.“

Wenn arme, hungernde Proletarier über Arbeitslosigkeit klagen, wenn ihre knurrenden Mägen sie reizen, von der Gesellschaft Arbeit und Existenzmittel zu fordern, dann gibt es keine Entschuldigungen, dann gibt der hauchende Schamannensabel abweisende Antwort und des Reiches Kanzler antwortet sich über den Mord. Wir leben ja auch nicht im Klassenstaat, sondern im Reiche der besten Sozialpolitik mit gefüllten Komposthäufeln für die Arbeiter.

Die Durchbrechung des Petroleummonopols.

Den ersten größeren Mißerfolg seit ihrem Bestehen hat die Standard Oil Co. jetzt erlitten. Die Unterjochung der galizischen Petroleumproduzenten ist ihr nicht gelungen. Neben den galizischen Produzenten ist der Standard Oil Co. eine weitere Konkurrenz in noch größerer Nähe entstanden. Zur Uebernahme aller Pearson Konzessionen in Mexiko ist eine Gesellschaft mit einem Kapital

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Genossen der 7. und 8. Abteilung veranstalten am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 8 Uhr, im wunderschönen Garten von Rabe, Fichtestr. 29, ein gemütliches Kaffeeloch...

Schöneberg. Am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Wahlverein sein 20. Stiftungsfest in dem Lokale von E. Großer, Reiningstr. 8. Das Konzert beginnt um 4 Uhr...

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von M. Gierle in Fredericksdorf eine Volksversammlung statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 27. Juni, findet eine Agitationstour nach Mühlend. und Umgegend statt, verbunden mit anschließendem Ausflug.

Berliner Nachrichten.

Berliner Rummel.

Wenn man den Berliner „Rummel“ richtig kennen lernen will, dann muß man an einem Sonntag hingehen. Auf einem großen, unbebauten Platze sind ungefähr 50 Buden, Karusselle, Schaukeln usw. untergebracht.

Was lockt das Publikum nach diesen Vergnügungstätten? Man fragt es sich beinahe verwundert, wenn man sieht, von welcher zweifelhaften Qualität die dargebotenen „Genüsse“ sind. All das gleicht auf Haar dem Klimbim, der seit Jahrhunderten auf Jahrmärkten veranstaltet wird.

In verlockender Weise laden die Budenbesitzer zu einem Besuch ein. Alles schreit und kreischt durcheinander. Ganz besonders tönt eine heisere Frauenstimme aus dem Lohwobohu hervor, die zur Beteiligung an der Lotterie auffordert.

Und es finden sich immer noch recht viele, die „noch eins wollen“. Die Lose finden reichenden Absatz.

Daneben gibt es auf dem „Rummel“ auch artistische Darbietungen, ebenfalls höchst fragwürdiger Art. Hier kann man so recht das Artistenleben studieren. Es zerreißt einem das Herz, wenn man sieht, wie erwachsene Leute sich zum Narren machen, die albernsten Späße treiben, die dümmsten Grimassen schneiden, nur um das geehrte Publikum zum Eintritt zu bewegen.

„Paule, willst du runter von das Sofa!“ „Paule“ zog sich schleunigst in den Hintergrund zurück, und die Aufführung nahm ihren Fortgang.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger Berlins hat in dem Jahre vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909, über das jetzt vom Wahlbureau des Magistrats der Jahresbericht erstattet worden ist, sich um 12042 Personen

vermehrt. Der Zuwachs ist größer als er im Jahre 1907/08 gewesen war, doch bleibt er noch beträchtlich hinter dem aus 1906/07 und mehr noch hinter dem aus 1905/06 jurid. Vermehrt hatte sich die Liste in 1905/06 um 23 228 Personen, in 1906/07 nur um 16 374 Personen, in 1907/08 nur noch um 9696 Personen.

Gegen die Veranstaltung der Städtebilder.

Der Magistrat Berlin hat auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1907 gegen die Veranstaltung von Ortskarten und landschaftlich hervorragenden Gegenden ein für die Kreise wichtiges und für die Weiterentwicklung von Berlin bedeutungsvolles Ortsstatut nach längerem Beratungen genehmigt.

Der Berliner Lehrerverein nahm gestern in einer von 1500 Lehrern besuchten Versammlung Stellung zu der Neuordnung der Lehrergehälter. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Berliner Lehrerverein vermag in der Vorlage des Magistrats zur Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Berliner Rektoren und Lehrer keine befriedigende Lösung zu erblicken.“

In dem Ortsstatut werden nun eine ganze Reihe Straßen und Plätze genannt, in denen bestimmte Vorschriften und Beschränkungen bei baulichen Anlagen und baulichen Änderungen zur Anwendung kommen sollen.

Der Berliner Lehrerverein

Während die Magistratssekretäre eine Aufbesserung von durchschnittlich 578 M., die Bureauassistenten eine solche von 487 M. erfahren, sollen die Lehrer mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 314 M. abgefunden werden.

Der Berliner Lehrerverein empfindet die Vorschläge des Magistrats als eine herbe Enttäuschung und Zurücksetzung und spricht die Erwartung aus, daß die Stadtverordnetenversammlung der Lehrerschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Irrenfürsorge mit Protektion. Man scheint jetzt so langsam zu der Einsicht zu kommen, daß jene bedauernden Menschen, die geheilt oder geheilt aus Irrenanstalten entlassen werden, einer ganz besonders tatkräftigen Fürsorge bedürfen, um draußen wieder auf einen grünen Zweig zu kommen.

Irrenfürsorge mit Protektion. Man scheint jetzt so langsam zu der Einsicht zu kommen, daß jene bedauernden Menschen, die geheilt oder geheilt aus Irrenanstalten entlassen werden, einer ganz besonders tatkräftigen Fürsorge bedürfen, um draußen wieder auf einen grünen Zweig zu kommen.

also vor der Entlassung, muß die Fürsorge eintreten, während man jetzt alles nach diesem Zeitpunkt der privaten Wohltätigkeit oder dem sich so ungern öffnenden Beutel der Armenverwaltung überläßt. Erfahrungsgemäß werden aber die durch rückfällige Erkrankung entstehenden Kosten viel größer, als wenn von vornherein nachdrücklich geholfen worden wäre.

Dürfen kinematographische Vorstellungen der Zensur unterworfen werden? Oder steht das Pressegesetz dem entgegen? Diese Frage hatte das preussische Ober-Verwaltungsgericht zum ersten Male in einem Verwaltungsstreit des Kinematographenbesizers Ohr gegen den Berliner Polizeipräsidenten zu entscheiden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Berufung zurück und führte aus: Die wesentlichste Frage sei, ob das Pressegesetz Anwendung finde, ob es sich um eine Vervielfältigung bildlicher Darstellungen handele. Der Senat halte das Pressegesetz nicht für anwendbar.

Der Arbeitsschwang im städtischen Obdach, dem seit einiger Zeit die jugendlichen Besucher unterworfen werden, ist nun auch auf die älteren Obdachlosen ausgedehnt worden. Natürlich ist es unmöglich, 3000 nächtliche Obdachlose für ein paar Stunden zu beschäftigen als Entgelt für gewährtes Obdach und den verabreichten Keller Suppe; es soll aber eine gewisse Auswahl getroffen werden.

Gegen die Verpachtung eines Teiles der städtischen Miesfelder zur Anlage von Laubensolunen wenden sich die Berliner Haus- und Grundbesitzer. Es wird dies damit motiviert, daß die Stadt kein Recht habe, den Anwohnern der Miesfelder auf Kosten der Berliner Steuergelder gegen minimale Nachzahlung städtischen Grundbesitz zur Verfügung zu stellen.

Gegen die Verpachtung eines Teiles der städtischen Miesfelder zur Anlage von Laubensolunen wenden sich die Berliner Haus- und Grundbesitzer. Es wird dies damit motiviert, daß die Stadt kein Recht habe, den Anwohnern der Miesfelder auf Kosten der Berliner Steuergelder gegen minimale Nachzahlung städtischen Grundbesitz zur Verfügung zu stellen.

besürchten die Hausbesitzer aber, daß ein großer Teil Arbeiter und kleiner Leute aus Berlin in die an den Mieselfeldern gelegenen Ortschaften abwandern würde. Der Bund der Berliner Hausbesitzervereine beabsichtigt daher, zu dieser Frage offiziell Stellung zu nehmen und auf die Ablehnung dieses Planes des Magistrats durch die Stadtverordnetenversammlung hinzuwirken.

Unsere Hausbesitzer betrachten jede Maßnahme der Kommune nach dem Gesichtspunkt: Wie nützt sie den Haus- und Grundbesitzern? Nur wenn die Herren positiven Nutzen haben, können sie Neuerungen zu. Interessen der Allgemeinheit kennen sie nicht.

Die Gemeindefchulen Berlins haben bis zu diesem Sommerhalbjahr 43 auf 299 vermehrt, die aus 5168 Klassen bestehen und von 228 573 Kindern besucht werden. Die Uebersicht über die Klassenfrequenz, die jetzt den Stadtverordneten vorgelegt worden ist, zeigt zu sehen, daß der Durchschnitt aus allen Klassen (mit Ausnahme der Rechenklassen) sich nunmehr auf 45,14 stellt. Im einzelnen aber ist gegenwärtig die Durchschnittszahl für die Klassen I: 34,11, II: 38,11, III: 41,49, IV: 44,21, V: 43,19, VI: 49,59, VII: 48,48, VIII: 50,97. Gegenüber dem letzten Winterhalbjahr hat sich die Durchschnittszahl wenig geändert. Sie ist in den Klassen I und II etwas gestiegen, was vielleicht daraus erklärt werden kann, daß der Unterrichtsfortschritt der Gemeindefchulen sich weiter gebessert hat; sie ist sodann in III um ein Witziges heruntergegangen, in IV und V etwas gestiegen, in VI und VII heruntergegangen, in VIII gestiegen. Bedauerlich ist, daß in den Klassen VIII die Frequenz, die hier ohnedies noch viel zu hoch ist, wieder zu genommen hat. Daß im übrigen der Durchschnitt 50,97 in vielen dieser Klassen noch sehr weit — bis zu 60 und mehr — überschritten wird, das ist bekannt. Allerdings kann für diese Klassenstufe in einigen Hauptfächern der Unterricht geteilt werden, so daß je eine Klasse zeitweise in zwei zerlegt wird. Doch die Zahl der Klassen VIII, denen solches Glück blüht, war niemals sehr groß, jetzt aber ist sie sogar noch mehr herabgedrückt worden. In diesem Sommerhalbjahr wird nur für 284 von 713 achten Klassen der Unterricht geteilt und auch das nur in 897 Stunden, so daß pro geteilte Klasse knapp 4 Stunden geteilten Unterrichts herauskommen. Dagegen erkräften sich der Teilung im letzten Winterhalbjahr von 726 achten Klassen noch 276 und zwar für 1170 Stunden, so daß in diesem Sommerhalbjahr eine bedeutende Verschlechterung eingetreten ist. Der Rückgang dürfte daraus zu erklären sein, daß der Ueberschuß an zeitweise unbefähigten Lehrpersonen geringer geworden ist. Die Teilung des Unterrichts ist nämlich nicht deshalb eingeführt worden, weil man sie im Interesse der Schule für nötig gehalten hätte, sondern deshalb, weil man die nicht vollbeschäftigten Lehrpersonen für die freigebliebenen Stunden in den achten Klassen verwenden zu sollen meinte. Auch bei dem oft besagten Uebel der Nietschulen zeigt sich wieder eine Verschlimmerung. Während die Zahl der sitzenden Klassen nur wenig — auf 18, wenn man 5 in Kulan untergeordnete Klassen mitzählt — gestiegen ist, hat die Zahl der auf Nietschulen angewiesenen Klassen sich beträchtlich erhöht. Im Winter waren es 531, jetzt aber sind es wieder 567. Wann wird das einmal anders werden?

Der bequeme Arbeiter.

Mit einer sehr eigentümlichen Antwort des Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission wurde ein Steuerzahler abgefertigt, der gegen seine zu hohe Veranlagung zur Staatseinkommensteuer reklamiert hatte. Der Betreffende, ein Schriftstehler G., war zu 44 M. Staatseinkommensteuer veranlagt, ein Steuerzahler, der seinem Einkommen durchaus nicht entsprach. In den abzugebenden Beträgen hatte er auch das von ihm angewendete Fahrgehalt zur Erreichung seiner Arbeitsstätte — G. wohnte im Osten in der Markusschloßstraße bei seinen Eltern, seine Arbeitsstätte dagegen befand sich am Kreuzberg — angeführt. Sehr erlaunte G., als er auf seine Reklamation hin zwar um eine Stufe in der Steuer herabgesetzt wurde, in dem ihm davon benachrichtigenden Schreiben, datiert vom 21. Mai, aber folgenden Schlusssatz las:

„Das Fahrgehalt ist für Sie nicht abzugsfähig, da Sie nur aus Bequemlichkeit bei Ihren Eltern wohnen.“
Wie kann ein Arbeiterkind auch unverschämte genug sein, die Bequemlichkeit so weit zu treiben, daß es bei seinen betagten Eltern wohnen will? Ist dem Verfasser des Schreibens — wenn er sich beim Niederschreiben dieses Satzes überhaupt etwas gedacht hat — nicht der Gedanke angefliegen, daß er mit einer solchen Antwort das Empfinden eines Menschen auf das äußerste verletzt? Da tut sich sonst der Staat immer etwas darauf zugute, das Familienleben zu fördern — d. h. auf dem Papier —, weil es die Grundlage unseres Staatslebens bildet, und hier bestraft er einen Mann, der im Sinne unserer Staatsweisen handelt, dadurch, daß er ihm eine Vergünstigung entzieht, die jedem anderen gewährt wird. Hoffentlich wird dem betreffenden Herrn für die von ihm propagierte Auffassung die gebührende Anerkennung seiner vorsehenden Behörde zuteil.

Weil er schon zu viel gehungert hatte. Wiederholte Unglücksfälle haben den 48 Jahre alten Zimmermann Wilhelm Döring aus der Straßauer Straße 49 zum Selbstmord getrieben. Der Mann verunglückte binnen vier Jahren dreimal. Zuletzt fiel ihm vor vier Wochen ein Balken auf die Schulter. Dieser Unfall wird darauf zurückgeführt, daß er schlecht sieht. Der Verunglückte blieb in ärztlicher Behandlung zu Hause. Hier fand ihn seine Frau, mit der er kinderlos verheiratet war, gestern erhängt auf, als sie von einer Reinmachestelle zum Mittagessen kam. Auf einem Abschiedzettel, den er in die Tasche gesteckt hatte, klagte der Verstorbene, daß er, obwohl schon ein halber Krüppel, jetzt wieder bei der Arbeit verunglückt sei, daß sein Augenlicht abnehme, daß er alt und schwach werde und im Leben schon zu viel gehungert habe. Obwohl er keine Not litt, weil seine Frau verdient, so hat ihn doch wohl die Sorge um die Zukunft zur Verzweiflung gebracht.

Straßenbahnmißere. Ein Leser schreibt uns: „Eine Rücksichtslosigkeit sonder gleichen mußte ich dieser Tage auf der Linie O der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn erleben. Da die genannte Linie 15 Minutenbetrieb hat, so muß ich, um pünktlich an meiner Arbeitsstätte zu sein, den Wagen 10,10 Uhr ab Anprobe-straße benutzen; denn wenn ich eine oder zwei Stationen weiter einsteige, muß ich gewärtig sein, daß ich wegen Uebersättigung des Wagens den nächsten oder gar den darauffolgenden Wagen abwarten muß. Dadurch aber komme ich zu spät ins Geschäft und habe die in unserem Geschäft übliche Strafe zu zahlen. Als ich nun am fraglichen Morgen den oben bezeichneten Wagen benutzen wollte, war mein Erscheinen groß, denselben besetzt zu finden, und man haune — eine ganze Klasse Schulfinder, offenbar in der Absicht, die Zeichen-Ausstellung zu besuchen, hatte den Wagen mit Beschlag belegt und zwar so, daß auch nicht ein einziger Platz mehr frei war. Ich mußte mich also bis zum nächsten Wagen 10,24 gedulden, kam auf diese Weise zu spät ins Geschäft, hatte also 20 Pf. Strafgeld zu zahlen.“

Ich frage nun: Wenn trifft hier die Schuld? Zunächst doch den führenden Lehrer, denn nach meiner Ansicht war derselbe verpflichtet, einen Extrawagen oder Anhängewagen rechtzeitig zu beschaffen. Dann aber war es auch Pflicht des Schaffners, den Herrn Lehrer darauf aufmerksam zu machen, daß noch andere Fahrgäste auf der langen Strecke bis Moabit auf den Wagen warteten, welche vielleicht mit ebenso enttäuschten Gesichtern wie ich, dagegen haben müssen. Denn während der Fahrt bis zur Ausstellung ist doch kein von den Kindern abgestiegen, so daß also dieser Wagen lediglich den Zweck hatte, die Kinder nach der Ausstellung zu befördern, die übrigen Passagiere für diese Zeit auszusparen.

Uebrigens läßt die erwähnte Linie sehr viel zu wünschen übrig. Durch den 15 Minutenbetrieb sind die Wagen besonders während der Morgenstunden geradezu beängstigend überfüllt, Anhängewagen verkehren überhaupt nicht auf dieser Strecke, so daß

man es als ein Glück bezeichnen kann, wenn man direkt Platz findet, um mitkommen zu können.“

Bei einem gefährlichen Spiel ist gestern nachmittags der 4 1/2 Jahre alte Sohn Ewald des Arbeiters Heil aus der Bergstraße 70 tödlich verunglückt. Drei Kinder unterhielten sich in der Bergstraße damit, daß sie kleine Stöcke zwischen die Radspeichen vorüberfahrender Wagen steckten, dann millicien und ihre Freunde an dem Geräusch hatten. Wenn sie so ein Stück Weges zurückgelegt hatten, so zogen sie den Stock aus den Speichen heraus und begannen nun das Spiel an einem anderen Wagen von neuem. Der kleine Heil hatte nun an einem Strohwagen seinen Stock zu weit hineingesteckt. Deshalb kam er beim Zurückziehen zu Fall und geriet unter das Hinterrad, das ihm gerade über den Kopf ging. Der Kermis war auf der Stelle tot; die verzweifelte Mutter, die von seinen Geipelen herbeigerufen wurde, fand nur noch seine Leiche vor. Der Schlag traf sie um so härter, als ihr Mann im Krankenhaus liegt.

Der direkte Straßenbahnverkehr von Berlin nach Köpenick ist am gestrigen Tage durch die Berliner Ostbahnen aufgenommen worden, nachdem die Verbindung zwischen der Spreetunnelbahn und der Bahnstrecke Ober-Schöneeweide hergestellt und gestern vormittags bahnmäßig abgenommen worden ist. Diezüge verkehren vom Schlesischen Bahnhof bis Köpenick von morgens 6,30 Uhr bis nachts 12,30 Uhr in Abständen von 15 Minuten an den Vormittagen und 7 Minuten an Nachmittagen. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 25 Pf. Die Fahrlinie ist diejenige der Spreetunnelbahn vom Schlesischen Bahnhof bis Treptow; vom Tunnel aus fahren die Züge durch die neue Krug-Allee, Köpenicker Landstraße, Berliner Straße in Ober-Schöneeweide und dann durch den Köpenicker Wald bis zur Stadt Köpenick.

Die amtlichen Erhebungen über den Zugzusammenstoß auf der Stadtbahn zwischen den Stationen Alexanderplatz und Jannowitzbrücke sind nunmehr abgeschlossen und haben ergeben, daß die technischen Einrichtungen des Signalwesens in Ordnung waren und gut funktionierten. Wie schon erwähnt, wurde von vornherein die Schuld an dem Unglücksfall dem Lokomotivführer des Sädbringzuges beigegeben, der das Haltesignal überfahren hatte. Er entschuldigte sich damit, daß er bei der starken Manövrierung der Maschine das Signal nicht gesehen habe. Gegen ihn ist nunmehr ein Verfahren wegen Eisenbahn-Transportgefährdung eingeleitet worden. Der Beschuldigte befährt die Stadtbahn schon seit zehnt Jahren und kannte die Blockstation. Er hätte unter allen Umständen eine größere Sorgfalt entwickeln müssen und durfte nicht weiter fahren, bevor er sich nicht über die Stellung des Signals orientiert hätte. Die verletzten Personen befinden sich übrigens bereits sämtlich außer ärztlicher Behandlung.

Der Hansabund und die Angestellten.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es sich der neu gegründete „Hansabund“ ganz besonders angelegen sein läßt, neue Mitglieder unter den Angestellten im Handel und Industrie zu werben. Da mit dieser Werbetätigkeit von Seiten des Bundes die Herren Prinzipale beauftragt werden, geht es dabei ohne den bestmöglichen sanften Druck nicht ab. Um nun die Angestellten über die wirklichen Ziele und Zwecke dieser neuen „Vereinigung von Chef und Angestellten“ aufzuklären, veranstaltet der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 88/89, eine öffentliche Rundgebung über das Thema: „Der Hansabund und die Angestellten“. Das Referat hat Genosse Julius Kalkstein übernommen. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Versammlung ist Massenbesuch zu erwarten.

Vermisst. Das 8 Jahre alte Söhnchen der Tischler Wittelschen Eheleute, Solpischestr. 46, Quergebäude parterre, ist seit Sonntag früh 9 Uhr von der Straße weg verschwunden. Alle Nachforschungen waren bisher vergeblich. Der blonde Knabe war ohne Kopfbedeckung und bescheidet mit rotem, weißpunktiertem Kleidchen und blauer, mit weißen Karos durchbrochener Schürze, trug schwarze Strümpfe und Schuhe. Zweckdienliche Mitteilungen erbitten die Eltern eventuell durch das nächstgelegene Polizeirevier. — Seit dem 9. Juni 1909 wird der Schüler Franz Reich, 2. September 1897 in Daber geboren, aus der Wohnung seiner Eltern, Habelberger Straße 23, vermisst. Er ist 1,40 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, volles gesundes Gesicht. Bekleidet war Reich mit blauer Schürze, grünem Mantel, weißer, blauer leinener kurzer Hose, schwarzen Schuhen und Strümpfen und dunkelgrauer Pelzine. Personen, welche in der Lage sind, über den Verbleib des Vermissten Auskunft zu geben, werden ersucht, sich mündlich oder schriftlich an ein Polizeirevier oder im königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 329, zur J.-Nr. 1959 IV 45 1909 zu melden.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht kam um 1/4 Uhr in der Kommissarstr. 2 in einem Waggenschuppen Feuer aus. Als die Feuerwehr mit dem 3. Zuge erschien, standen dort Regale, Mastenlotstüme, Kupartikel, Garderoben usw. in hellen Flammen, so daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Der Schaden ist erheblich. Früh um 6 Uhr brannte in der Lichterberger Str. 10 ein Keller, in dem Papier lagerte. Der 11. Zug wurde nach der Urbanstr. 67 alarmiert, wo böswilligertweise in einer Schank- und Gaststube Papiergeräthen usw. angezündet worden waren. In der Vogenstr. 20 brannten in einem Bodenverblage Seegrasmatratzen u. a. und in der Aderstraße 161 Fregelohlen und Holz. Der 17. Zug wurde nachts um 11 1/2 Uhr nach der Kommandantenstraße alarmiert, wo vor dem Hause 78 angeblich ein Automobilomnibus eine Straßenlaterne umgefahren hatte. Das ausströmende Gas, das angezündet worden war, bildete eine Gefahr, die von der Feuerwehr beseitigt wurde. An der Reuen Promenade 8 brannten Gardinen, Postmaterialien u. a. Außerdem hatte die Wehr in der Mühlenstr. 78, Bräudenstr. 7, Dreslauer Str. 18, Rheinsberger Str. 30, Blumenstr. 72 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Grundbesitz der Stadt Charlottenburg betrug anfangs des Jahres 1908 10 925 199 Quadratmeter Flächeninhalt bei einem Wert von insgesamt 88 074 020 M. Der größte Teil des Grundbesitzes ist noch ungebaut. Derselbe umfaßt 10 155 388 Quadratmeter bei einem Wert von zusammen 26 120 048 M. Gebaut sind 72, ungebaut 48 Grundstücke. Davon sind für die allgemeine Benutzung auf die Kammereibverwaltung vorgesehen 57 Grundstücke, von denen 27 mit einer Fläche von 139 574 Quadratmeter und 10 665 091 M. Wert bebaut sind. Zu Schulzwecken dienen 30 Grundstücke mit einer Ausdehnung von zusammen 137 078 Quadratmetern, davon sind bebaut 105 087 Quadratmeter, die mit 17 278 000 Mark bewertet werden. Die Armen- und Krantenpflege ist mit acht Grundstücken bedacht, deren Wert bei 146 596 Quadratmetern Umfang 10 759 782 M. beträgt. Die drei Feuerwehreposits nehmen eine Fläche von 6451 Quadratmetern ein und sind mit 1 363 965 M. in Anschlag gebracht. Für die Kanalisationswerke sind sieben Grundstücke, von denen drei mit 13 078 Quadratmeter Fläche bebaut sind und 1 024 650 M. Wert haben, vorgesehen. Die Lagerplätze der Stadt weisen 65 490 Quadratmeter Fläche und einen Wert von 1 508 240 M. auf. Wesentlich teurer kommen die beiden Gasanstalten, deren Grundfläche 105 298 Quadratmeter mißt und die mit 8 259 180 M. bewertet werden. Dazu kommen noch zwei unbesetzte Grundstücke von 59 300 Quadratmeter Flächenumfang und 2 421 200 M. Wert. Das Elektrizitätswerk, dessen Betrieb im nächsten Jahre aller Voraussicht nach von der Stadt übernommen wird, mißt 25 884 Quadratmeter und hat einen Wert von 2 306 655 M. Die städtischen Wasserwerke umfassen drei Grundstücke mit 24 989 Quadratmeter Grundfläche bei einem Werte von

4 016 480 M. Die der Stadt durch Stiftungen übertragenen Grundstücke haben ein Flächenmaß von 14 806 Quadratmetern, die mit 1 258 645 M. bewertet sind. Durch Anläufe und Leiber auch durch mehrere Verkäufe ist in den Grundbesitz bereits eine Verschlebung eingetreten, die jedoch auf die Endsumme des Grundbesitzvermögens der Stadt nicht von sehr besonderer Bedeutung ist.

Jedenfalls aber zeigen die Zahlen, daß der Grundbesitz Charlottenburgs keineswegs sehr beträchtlich ist. Das ist die Folge davon, daß man in der Stadtverwaltung erst sehr spät zu der Ueberzeugung der Notwendigkeit und der Nützlichkeit von Grundwerb auf die Stadt gelangt ist.

In die angeführten Grundstückzahlen ist das im Vorjahre von der Stadtgemeinde bei Veeh-Sommerfeld erworbene Grundstück in Größe von 383 Morgen nicht einbezogen. Ebenfalls stehen in nächster Zeit weitere Erweiterungen in Aussicht, so daß sich der Grundbesitz der Stadt beim Abschluß 1909 erheblich vergrößert haben dürfte.

Der Bau einer Zentralmarkthalle für Charlottenburg scheint über das Projektstadium nicht hinausgekommen. Und doch war der Wunsch weitester Kreise der Einwohnerschaft nach einer Zentralmarkthalle ein sehr lebhafter. Bereits im Juni 1897 beschloß denn auch die Stadtverordnetenversammlung, auf dem städtischen Grundstück, das an der Stadtbahn zwischen der Leibniz-, Niebuhr- und Wilmersdorfer Straße liegt, eine Zentralmarkthalle mit Weidenschlag zu bauen. Von der 28 Millionen anleihe vom Jahre 1899 wurden auch 2 Mill. M. für den Bau der Halle bestimmt. Aber das Projekt wurde gar nicht ausgeführt. Trotz der regen Arbeit einer besonders für diese Angelegenheit eingesetzten Deputation kam man nicht über Erwägungen und Bedenken hinaus. Immer drängte die Möglichkeit, daß Berlin in dem Moabiter Stadtteil über an der alten Lehrter Bahn eine neue Zentralmarkthalle bauen wollte oder könnte, jede zugreifende Handlung der Charlottenburger Stadtverwaltung zurück. Nun ist man in der Deputation zu dem Beschluß gekommen, die Markthalle nicht zu bauen.

Und die Gründe dafür? Einmal sprachen sich die als Sachverständige benannten Schlächtermeister, Grüntramhändler usw. gegen den Bau der Halle aus, dann nahm das Berliner Projekt feste Gestalt an, und schließlich — soll das Grundstück zu klein sein, um die Ausführung aller an eine moderne Zentralhalle gerichteten Wünsche zu gestatten. Trotzdem aber gesteht der Magistrat selbst zu, daß auch heute noch alle die Gründe, welche bisher den Plan eines Baues der Zentralmarkthalle an jener Stelle stützten, volle Geltung haben, und auch dem Magistrat wird die dauernde Verschleppung der Ausführung des Hallenprojektes unangenehm. Aber um aus dieser unangenehmen Lage herauszukommen, sagt der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung solle die früher gefassten Beschlüsse aufheben und das Grundstück sowie die reservierten Baugelände zu anderer Verwendung freigeben. Dabei aber will der Magistrat den Bau einer Halle selbst nicht dauernd aufgeben. Mit anderen Worten, nicht das Berliner Projekt, für das ja auch der Moabiter Stadtteil gar nicht mehr in Frage kommt, beeinträchtigt den Magistrat in seiner jetzigen Haltung, ebenso der Widerspruch der Schlächtermeister, Gemüsehändler usw., sondern der Magistrat möchte die Stadthalle nicht dorthin haben, wo sie nach den früheren Beschlüssen hinkommen sollte.

Die Gegend über der Stadtbahn in der Wilmersdorfer, Niebuhr-, Kronen- und Leibnizstraße hat sich anders entwickelt, wie man früher angenommen hatte. Es sind dort Hauspaläste für die „bessere“ Gesellschaft entstanden. Und da die „feine“ Gegend schließlich durch das turbulente Hallenwesen geniert werden könnte, möchte man die Halle, wenn sie schon einmal gebaut werden soll, in einem anderen Stadtteil haben. Da aber noch keine Andeutungen gemacht wurden, an welcher Stelle dann eventuell die Halle gebaut werden soll, würde die Stadtverordnetenversammlung gut tun, ihre früheren Beschlüsse aufrechtzuerhalten.

Schöneberg.

Die Planierungsarbeiten des Stadtpartes sind soweit gediehen, daß nunmehr mit den Ausschmüdigungen begonnen werden kann. Der Park, der von der Martin-Luther-Straße bis zur Wilmersdorfer Grenze sich hinzieht, soll ganz das Gepräge einer märkischen Landschaft erhalten. An den beiden Seiten des Parkes schlingt sich ein kleiner Bach entlang, der an einigen Stellen einen See bildet; die Ufer desselben werden mit Schilf und das Unterholz mit Rot- und Weißdorn bepflanzt. An einigen Stellen sollen große Granitblöcke als Wahrzeichen altmärkischer Kraft zur Ausschmückung dienen. Einfach und doch geschmackvoll wird die architektonische Einfassung des Teiches, der an den Bahnhof der Untergrundbahn grenzt, ausgearbeitet, um auch damit den Uebergang zu dem südlichen Teile des Stadtpartes zu geben. Dieser Teil weist einen rein landschaftlichen Charakter auf. Eine mehrere Meter tiefe Talmulde, die mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt wird, ist vorgesehen und soll ein ganz besonders romantisches Kunstwerk darstellen. Rings um den Park ist eine Baumwand vorgesehen, die nur von den Straßeneingängen durchbrochen wird. Im allgemeinen dürfte der Stadtpart eine reizende Anlage werden, die dem Erholungssuchenden angenehmen Aufenthalt gewährt. Für Erfrischung ist gesorgt, indem kleine Milchhäuschen an verschiedenen Stellen aufgestellt sind und ebenfalls Pausen, in denen Selterwasser feilgeboten wird. Der Bahnhof zur Untergrundbahn liegt mitten im Park.

Steglitz.

Dem Neubau abgestürzt. Das Opfer eines bedauerlichen Unfalles wurde vorgestern der Maurer Wilhelm Niehmer. Er war auf dem Neubau Schloßstraße 188 beschäftigt. Vorgestern nachmittags stürzte er infolge eines Fehltritts auf der Höhe des zweiten Stockwerks kopfsüber in die Tiefe. Er zog sich schwere Querschnitten und innere Verletzungen zu. In besorgniserregendem Zustande wurde der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

Wilmersdorf.

Mit den Organisationsverhältnissen am hiesigen Orte Beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission. Mit Rücksicht darauf, daß Wilmersdorf bald in die Reihe der Großstädte mit 100 000 Einwohnern eingereiht wird, der Ort auch eine Anzahl größerer industrieller Betriebe aufweist, wurde die Notwendigkeit ausgesprochen, daß die größeren Gewerkschaften, so u. a. der Metallarbeiterverband, im Interesse der gewerkschaftlichen Agitation eigene Bezirksleiter für den Ort bestimmen müßten. Des Weiteren wurde beschlossen, in Zukunft auf Bantzen und anderen Betrieben darauf Bedacht zu geben, daß die Arbeiterschutzbestimmungen strikte befolgt werden. Uebertretungen sollen sofort der Kommission in Berlin gemeldet werden. Die ordentlichen Sitzungen sollen fortan regelmäßig jeden letzten Monat im Quartal pünktlich um 9 Uhr stattfinden. In die engere Kommission wurden die Kollegen Goldberg, Freuh, A. Riedel, D. Riedel und Rudolf gewählt. In den Jugendausschuß wurden die Kollegen Jakob, Rieger und Luckermann delegiert. Unentschuldig fehlten in dieser Sitzung die Vertreter der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Friseur, Gastwirtsgehilfen, Gläs- und Zementbranche, Steinseher, Schneider und Tapezierer.

Rummelsburg.

Nach zwei mißlungenen Selbstmordversuchen ist die 15jährige Erna Peter aus der elterlichen Wohnung Wilhelmstr. 45 verschwunden. Das junge Mädchen, das in einer Kartomagenfabrik beschäftigt war, will angeblich fälschlich verlobt worden sein. Da es den Schimpf nicht ertragen zu können glaubte, entschloß es sich, in den Tod zu gehen. Zweimal unternahm die Verzweifelte einen Selbstmordversuch, doch wurde durch das Eingreifen der Angehörigen der Plan der Lebensmühen stets vereitelt. Jetzt scheint die Kermis ihr Vorhaben zur Ausführung gebracht zu haben. Vor ihrem Verschwinden schrieb die P. einen Brief an die Eltern, in dem sie mitteilt, daß sie sich das Leben nehmen werde. Man werde ihre Leiche in der Spree finden. Die Vermisste hat hellblondes Haar und ist mit dunkelblauem Rock, weißer Bluse, braun- und weißgestreifter Simonoschürze und schwarzen Schnürstiefeln bekleidet.

Reinickendorf-Ort.

Ueber die Reichsversicherungs-Ordnung referierte Genosse Ritter in der am 22. Juni stattgefundenen Versammlung des Wahlvereins...

dazu beigetragen hat, die Vergnügen des Wahlvereins durch die Darbietungen zu verschönern...

Spandan.

Die letzte Sitzung der hiesigen Gewerkschaftskommission nahm zunächst den Bericht des Genossen Rymann über die Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen...

Eingegangene Druckschriften.

Die neuen Steuerprojekte und die Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstags. Veröffentlichungen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Die Religion der Tat!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 24. Juni. Anfang 6 1/2 Uhr. Neues königliches Operntheater. Die Kesselfinger von Nürnberg.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 8 Uhr ab 50 Pf.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Ehre.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker.

Apollo Theater

Das Musikchen erregende Progr. 8 1/2 Uhr: Jean Paul mit neuen Schlagern.

Hartstein

in seiner besten Er oder Er.

WINTER GARTEN

Neues Programm! Die schaumgeborene Venus.

„La Pia“

in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie 12 sensationelle Juni-Attraktionen.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt. Heute sowie täglich: Christliche Spezialitäten!

Die Spreewald-Säte.

Gr. Aufführung-Bühne mit Orgel u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Neubl. 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

W.Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Im schattigen Garten, bei Regen im Weich-Theaterzelt.

Deborah

oder: Chris und Yubin. Vorher: Die neuen Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard. Schiller-Theater Charlottenburg. Der Biberpelz.

Freie Volksbühne

Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: General-Versammlung.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Ausschusses und Kassierers über das verlossene Quartal...

Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch spätestens am Tage nach der Juni-Generalversammlung abzugeben.

Der letzte Abholungstermin für die neuen Mitgliedskarten ist der 5. August 1909.

Freie Schwimmer M. d. Arb.-Schw.-B. Charlottenburg. Sonnabend, 26. Juni, im gr. Saale des Volkshauses, Rosinonstr. 3: 5. STIFTUNGSFEST.

AUSSTELLUNG. Wohnung-Einrichtungen u. Erzeugnissen der Berliner Holzindustrie in den Ausstellungs-Hallen am Zoo.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114. Heute, Donnerstag, Gr. Elitetag, den 24. Juni 09: Gala-Spezialitäten-Vorstellung.

Neue Armin-Hallen. Kommandanten-Straße 58/59. empfehlen ihre neuerbauten, Fest-Säle (auch mit Bühne u. Orchester).

Raucht Polopolow Cigaretten. Achtung, Vereine! Für Sommer- und Kinderfeste.

Pohl & Weber, Nachf., Berlin. Im Spittelmarkt 4/5 I. Alexanderstr. 51/52.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr. Willi Prager The York Sisters und das glänzende Juni-Programm.

Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten. Am Bahnhofs-Geländebinnen. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Walhalla-Variete Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Die grandiosen Spezialitäten.

Elysium

Landsberger Allee 10/11, Ecke Peterburger Straße. Heute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten: Vorstellung.

Königstadt-Kasino.

Polymerstr. 72 (Ecke Alexanderstr.) Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungestörter Bitterung i. Saale.

Duhmann's Theater

Schönewaldstr. 148. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Damms Volkspark-Theater

Landsberger Allee 74/77. Große Vorstellung des Rheinischen Künstler-Ensembles.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Täglich: Man lebt ja nur einmal! Spezialitäten ersten Ranges.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Täglich: Man lebt ja nur einmal! Spezialitäten ersten Ranges.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillerfests vorzüglich gelegene, hübsche, 2- u. 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus.

44 eigene Fischdampfer.

Bon frischen Fängen unserer Flotte empfehlen wir in lebendfrischer L. Qualität:

- II. Kabeljau im Anschn. 25 Pf. Seelachs im Anschn. 25 Pf. Schellfisch im Anschn. 35 Pf. Schellfisch Ia gr. 2-5 Pf. Schellfisch Ia Hg. 1-2, 35 Pf. Schellfisch II. a. Braten 25 Pf. Knurrhahn zum Braten 25 Pf. Schollen Ia gr. 1-5 Pf. 50 Pf. Bratfildern 25 Pf. Rotzungen Ia gr. helle 60 Pf. Rotzungen Ia mittelgr. 30 Pf. Ansternfisch Karbonad. 70 Pf. Stielmutter bis 3 pfdig. 90 Pf. Heilbutt im Anschn. 100 Pf. Preise für diese Woche!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptgeschäft: Berlin O., Bahnhof Str. 88, Teleph. III. 8804.

Verkaufsstellen: C. Bahnhof Börse, Bogen 8-10. N. Anspaldenstr. 131. O. Große Frankfurter Str. 55. O. Robastr. Bogen 8/9, Fruchtstraße gegenüber. S. Brinjenstraße 94. W. Potsdamer Str. 112a. NW. Wilsdorf Str. 57. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 111. Spandan, Breitenstr. 54.

Schweizer-Garten

Am Königsbr. Am Friedrichshain. Günstigste der Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 63, 74 u. Q. Anfang 4 resp. 5 Uhr.

Täglich Entree 30 Pf. Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm. Ball u. Volksbelustigungen. Etliche Sonntags an Vereins zu vergeben.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: Gr. Militär-Konzert. Jeden Dienstag: Gr. Kinder-Freuden-Fest.

Buchdruckerei

Stallschreiberstr. 4 (Worliplatz) (Grenzstr. v. Kant IV. Nr. 10 547) Täglich Konzert u. Unterhaltung. N. Bier u. warme Speisen. Sonntags: Strüßchoppen. Correspondenz, „Alte“ etc. liegen aus.

